



2. Die Bolivarianische Revolution Venezuelas beeinflusst ganz Lateinamerika. Aber wie? Christoph Müller schildert seine Sicht der Dinge einer - dort wie hier - umstrittenen Debatte.

3. Im Sommer 2007 wurde die Bank des Südens gegründet - Lateinamerikas finanzielle Unabhängigkeit? Dies thematisiert Rasmus Andresen.

5. Links = Öko? Kathrin und Bärbel Henneberger über das grüne und das schwarze Gold Ecuadors.

7. El Salvador - der gelungene Frieden? Laura Appelthauer widmet sich den Friedensbemühungen des zentralamerikanischen Staates.

**#52**  
 Dez. 2007  
 spontan politisch und natürlich kritisch  
 www.gruene-jugend.de



## Linke Regierungen

**Brasilien:**  
**Luis Inácio "Lula" Da Silva**  
 (seit 2002, gemaessigt, Arbeiterpartei)

**Bolivien:**  
**Evo Morales** (seit 2006, Sozialist, indigener Abstammung, Bauernbewegung)

**Ecuador:**  
**Rafael Correa** (seit 2007, ideologischer Sozialist)

**Venezuela:**  
**Hugo Rafael Chávez Frías**  
 (seit 1998, ideologischer Sozialist, indigener Abstammung, Offizier)

**Argentinien:**  
**Christa Fernandez de Kirchner** (seit Ende 2007, Peronistin, Arbeiter- und Gewerkschaftsnah)

**Chile:**  
**Michele Bachelet** (seit 2006, gemaessigte Sozialistin)

**Peru:**  
**Jorge Alfonso Alejandro del Castillo Gálvez** (seit Juli 2006, linke Sammelbewegung)

**Uruguay:**  
**Tabaré Ramón Vázquez Rosas** (seit 2005, sozialist)

**Guatemala:**  
**Álvaro Colom Caballeros** (seit Ende 2007, Sozialdemokrat)

# Lateinamerika auf der Überholspur

## Ein Kontinent im roten Freudentaumel?

Durch Lateinamerika geht ein Linksruck heißt es. Abgesehen vom rechtskonservativen Kolumbien haben die Menschen Militärdiktaturen und konservativen sowie neoliberalen Regierungen weitestgehend adios - Tschüss gesagt. Der bolivianische Evo Morales und Venezuelas Hugo Chávez gehören zu den bekanntesten Gesichtern der ideologischen Wandlung. SPUNK-Redakteurin Svenja Tidau erläutert die aktuellen Geschehnisse vor dem Hintergrund der Geschichte der Region.

Türkisblaues Meer der Karibik, schneebedeckte Berggipfel und Vulkane jenseits der 6000m Grenze der Anden, das immergrüne Amazonasgebiet. Das sind nur einige der Bilder, die mensch bei dem Gedanken an Lateinamerikas Natur und Vielfalt bekommt. Andere verbinden mit der Region Musik wie Samba, Salsa und Tango oder die Gesichter von Ché Guevara, Fidel Castro und Chávez - es kommt auf die Perspektive an, schließlich reicht der Subkontinent von Mexiko im nördlichen Teil Amerikas bis zum chilenisch-argentinischen Feuerland im Süden.

## Bewegte Geschichte

Im 15. Jahrhundert von Kolumbus „entdeckt“ eroberten und plünderten die Europäer binnen eines Jahrhunderts Zentral- und Südamerika, zerstörten die Reiche der Mayas, Inkas und Azteken. Rund 20 Jahre nach der Unabhängigkeit der USA formierte sich Anfang des 19. Jahrhunderts auch in Südamerika kämpferischer Widerstand, entschlossen sich von der europäischen Vorherrschaft zu lösen. Der Befreiungskämpfer Simón Bolívar ist die noch heute gefeierte Symbolfigur für die Unabhängigkeit von Europa und die Integration Lateinamerikas. In den 1950ern und 60ern überrollte die Region eine Welle der Demokratisierung, ökonomischen Wohlstands und sozialer Reformen, die allerdings recht schnell wieder abebbte. In Guatemala beispielsweise wurde der 1950 gewählte, links orientierte Arbenz Guzmán nach nur vier Jahren Amtszeit durch das Militär und unter Mitwirkung des CIAs geputscht; Militärrherrschaften und 36jähriger Bürgerkrieg waren die Folgen. Chile, Argentinien und Brasilien durchschritten ein ähnliches „Auf und Ab“. Erinnert sei an die sozialen Revolutionäre der 1970er Juan D. Perón in Argentinien und Salvador Allende in Chile und dem gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Präsidenten. Die als „verlorene Dekade“ bezeichneten achtziger Jahre stoppten die Euphorie, erneut stagnierte die Wirtschaft und diktatorische Kräfte flammten auf. Aber schon die 1990er bescherten wirtschaftlichen Aufschwung. Das Ende vieler Bürgerkriege wie in El Salvador und Guatemala sowie zunehmende Regionalisierung und Integration begründeten Hoffnung auf dauerhafte Stabilität in Lateinamerika.

## Die Gesichter des Wandels

Die Wirtschaftskrise zur Jahrtausendwende erfasste die gesamte Region. Insbesondere die als wirtschaftlich stabil gehandelten Staaten Brasilien und Argentinien wurden in ihren Fundamenten erschüttert, die Folgen der Krisenjahre sind noch heute spürbar. Hohe Staatsverschuldungen bei ausländischen Investoren und internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank sowie negative Handelsbilanzen setzen Regierung wie Gesellschaft unter Spardruck. Aber spätestens mit dem neuen Jahrtausend schien ein Umdenken breiter Bevölkerungsschichten zu beginnen. Nach und nach eroberten mitte-links PolitikerInnen die Parlamente und schließlich auch die PräsidentInnenämter. Gewählt wurden höchst unterschiedliche

Persönlichkeiten: ehemalige linke Generäle (Chávez), indigene Bauernaktivisten (Morales), Gewerkschaftsführer (Lula Da Silva), peronistische Outsider (Kirchner), Sozialisten (Vázquez) oder wie zuletzt im November diesen Jahres seit 50 Jahren rechtskonservativer und neoliberaler Präsidenten ein moderater mitte-links Unternehmer in Guatemala (Colom), eine Sensation für das vom Bürgerkrieg gebeutelte Land.

## Wie links ist der Linksruck?

Ein Kontinent im Hoffnungstaumel; linke Revolution über Grenzen hinweg? Bei der Betrachtung des Linksruckes sind drei Perspektiven zentral. Erstens ist zwischen Zentral- und Südamerika zu unterscheiden. Zum einen ist allein geografisch die Bindung zwischen der USA und den zentralamerikanischen Staaten stärker als zum Süden. Der Vorwurf der Hinterhofpolitik der USA ist in Staaten wie Nicaragua, dessen sandinistische Regierung der 1970er mit Hilfe der USA gestürzt wurde, weit aus stärker gewesen als dies in anderen Ländern jemals der Fall war. Ausnahme in Südamerika ist das von dem rechts-konservativen Álvaro Uribe regierte Kolumbien, das im „Kampf gegen Terrorismus und Drogen“ umfassende Unterstützung von der USA bekommt und finanziell an dessen Tropf hängt. Aber auch Chile und Uruguay wollen den Norden nicht verprellen. Chile hat das von der USA initiierte umstrittene Freihandelsabkommen für die Amerikas ratifiziert und regelt auch seine Handelsbeziehungen zur EU in einer strategischen Partnerschaft. Das Gründungsmitglied des MERCOSURs Uruguay ist zunehmend unzufriedener mit dem oftmals als „EU Südamerikas“ bezeichneten Integrationsverbund und hat bereits mit bilateralen Abkommen außerhalb der Zollunion geliebäugelt - Zündstoff für lateinamerikanische Integrationsprozesse.

Zweitens können aber auch die „linken“ Staaten nicht über einen Kamm geschoren werden. Die Präsidenten in Venezuela und Bolivien sind ideologisch radikaler als jene Brasiliens oder Argentinien es sind, die eher für eine sozial-liberale Politik stehen. Antwort darauf, warum insbesondere Brasilien, Argentinien und Chile als gemäßigt-linke Regierungen gelten, gibt unter anderem ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom internationalen System. Sie sind anders als das Ölland Venezuela auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen und haben strukturell neben Landwirtschaft exportorientierte Industrie. 25% der Exporte der MERCOSUR-Staaten gehen in die EU. Venezuela hingegen exportiert wertvolles Öl in alle Welt, muss aber bis zu 80% der Nahrungsmittel importieren. Es ist ebenfalls von anderen Staaten abhängig, vor allem aber von den Nachbarn. Lateinamerikas linkes Spektrum ist also breit gefächert.

Drittens ist die Entwicklung im Kontext der Geschichte und der politischen Ausgangsposition der letzten Jahre zu sehen. Das zwanzigste Jahrhundert ist vom rasanten Wechsel politischer Systeme und Ideologien sowie ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik verbunden. Diese Wechsel schwächten Wirtschaftswachstum und Verteilungsspielräume. Bis weit in die Neunziger forcierten lateinamerikanische Regierungen überwiegend neoliberale Programme und die Politik der Privatisierung - zum einen aus Überzeugung

>>Fortsetzung auf Seite 2

>>Fortsetzung von Seite 1

und zum anderen auf Grund des Bedarfs an ausländischen Krediten, meist der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank. Solche Kredite erfordern die Haushaltskonsolidierung und führten im Zuge dessen zur Privatisierungswelle staatlicher Unternehmen und zum Abbau staatlicher Leistungen, beispielsweise im Versicherungs- oder Bildungswesen. Wenn also von einem Linksruck in Lateinamerika die Rede ist, dann ist die Ausgangsposition eines Staates zu beachten.

Zweifelsohne ist also die Verschiebung der politischen Grundstimmung nach links zu beobachten. In den letzten zwanzig Jahren hat Lateinamerika an Stabilität gewonnen, die BürgerInnen an Überzeugung in die Unabhängigkeit sozialer Verantwortung des Staates – anstatt dem Verschieben auf den privaten Sektor – und diese in Wahlen entsprechender PolitikerInnen zum Ausdruck bringen können. Doch wie nachhaltig ist dieser Wandel? Was kann auch in Zukunft bestehen oder ist nur ein Kartenhaus, das früher oder später in sich zusammenfallen könnte?

## Nachhaltiger Wandel?

Die Nachhaltigkeit des Wandels im wirtschaftlichen, sozialen wie ökologischen Sinne ist in der Grauzone. In Venezuela beispielsweise hat sich die soziale Situation großer armer Bevölkerungsschichten seit Chávez verbessert. Wirtschaftlich nachhaltig kann ein auf den Export der endlichen Ressource Öl bauendes System nicht sein. Zum einen werden die umliegenden aquatischen Ökosysteme zerstört. Zum anderen fehlen die strukturellen Reformen, die sozialen Ausgleich auch nach dem Ende des Ölzeitalters garantieren und das Volk vor dem reinen Wohlwollen des Regierenden, der über das Öl verfügt, schützen.

Die nachhaltigste Entwicklung ist, dass Lateinamerika an Selbstbewusstsein gewonnen hat und dies über die Grenzen des amerikanischen Kontinents hinaus. Gegenüber Nordamerika emanzipiert sich der Subkontinent, beispielsweise durch die Ablehnung der kontinentalen Freihandelszone FTAA,

die insbesondere schwach entwickelte nationale Industrie gefährdet hätte. Der Zusammenschluss von Schwellenländern zu den G20 unter Wortführung Brasiliens bei den WTO-Doha-Runde 2006 zeugt von neuer Stärke auf internationalem Paket. Nun liegt es an den Nationalstaaten im internationalen System diese Macht und das Selbstbewusstsein auch zu akzeptieren.



**Svenja Tidau** (22) ist SPUNK-Redakteurin und faszinierte Lateinamerika-Reisende, zuletzt für drei Monate im Sommer durch Venezuela. Ihr Herz hängt seit ihrem Volontariat 2005 an Guatemala.

# Editorial

Querid@s lector@s, Liebe Lesende,

gerade richtig zur trüben Winterzeit hat sich der SPUNK 52 mit dem sonnigen, farbenfrohen und temperamentvollen Lateinamerika befasst. Alle reden über die linke Revolution dort – wir auch. Und haben uns gefragt: Ist der Linksruck in Lateinamerika nur eine vorübergehende Laune, dem feurigen Temperament der Menschen geschuldet? Wird Lateinamerika nun homogen rot? Oder ist es ein nachhaltiges Projekt mit Zukunft – auch für uns?

Anstatt eine Antwort für die gesamte Region zu finden, wollen wir euch einen Überblick geben, exemplarisch einzelne Themen und Länderbeispiele thematisieren, erfolgreiche wie riskante Entwicklungen vorstellen. Ob Venezuela oder Brasilien, die lateinamerikanische Integration, ökologische Perspektiven oder BürgerInnenrechte, wir hoffen euch Anregungen, Diskussionsstoff und neue Perspektiven geöffnet zu haben. Meinung und Kritik wie immer gerne an [spunk@gruene-jugend.de](mailto:spunk@gruene-jugend.de).

Bis dahin eine sonnige Winterzeit wünschen euch für die alte wie neue SPUNK-Redax Luise, Kathrin, Rieke, Judith, Silke, Sven, Felix, Rasmus und Svenja

# Bolivarianische Revolution Venezuelas

*rei parallele Welten bestimmen das politische Geschehen in Venezuela. Die basisdemokratische Bewegung in den Barrios, die Regierung rund um Präsident Chavez und die Opposition. Christoph Müller reiste durch Venezuela und diskutiert für den SPUNK die politische Situation im Land.*

Ein überwältigender Anblick, kaum bin ich in Venezuelas Hauptstadt Caracas angekommen und habe den Hitze-Schock verdaut: Hohe Berge voller kleiner bunter Hütten. Dicht an dicht stehen tausende solcher Bauten. Unglaublich, wie viele an einem Berghang Platz gefunden haben und an welch steilen Abhängen sie stehen.

Wie viele Menschen in Caracas leben würden, frage ich den Taxifahrer. Das, antwortet er, wisse niemand so genau. Offizielle würden sich nicht in diese Wellblechhüttdörfer, „Barrios“ genannt, trauen, niemand habe einen genauen Überblick, wie viele Menschen in der Stadt lebten. Drogenbanden, Kriminalität, und eine bedrückenden Perspektivlosigkeit herrschten dort.

Das also sind die Lebensumstände, der Menschen, von denen das ausging, was heute als „bolivarianische Revolution“ bekannt ist. In den 1970er Jahren beginnen die BarriobewohnerInnen sich basisdemokratisch zu organisieren, Stadtteilversammlungen abzuhalten und ihr Rechte einzufordern. Sie machen so auf ihre miserable Situation aufmerksam, fordern, dass ihr Wohnflächen legalisiert werden, Schulen gebaut werden und eine ausreichende Gesundheitsversorgung zur Verfügung gestellt wird. Alternative Medien und Pädagogikgruppen, linksradikale Splittergruppen und Menschenrechtskomitees schließen sich ihnen an und bilden gemeinsam eine Opposition von unten. Sie berufen sich auf Simon Bolivar, den überall im Land gefeierte Helden, der Lateinamerika einst von der Kolonialmacht Spanien befreite und den Traum von einem vereinten sozialen Südamerika lebte.



"In der Redaktion wie mit dem Autor haben wir viel über diesen Artikel diskutiert. Ein Artikel kann eine Kontroverse nur einfangen und nie in seiner Gänze widerspiegeln, deshalb würden wir und der Autor uns ganz besonders über LeserInnenbriefe oder Emails zu diesem Beitrag freuen."

## Alo' Presidente Chavez

Doch die Forderungen bleiben weitestgehend ungehört, bis Ende 1998 Hugo Chavez völlig überraschend die Präsidentschaftswahlen mit 57,5 Prozent der Stimmen gewinnt. Er macht sich die „bolivarianische Revolution“ zu eigen, nennt das Land in „Bolivarianische Republik Venezuela“ um. Überall in Venezuela hängen heute riesige Plakate von Chavez und dem Ausspruch: „Patria, Socialismo o Muerte“. Vaterland, Sozialismus oder Tod. In seiner Fernsehsendung „Alo' Presidente“ spricht Chavez regelmäßig sechs bis acht Stunden am Stück zu Venezuelas BürgerInnen, singt zwischen durch sozialistische Kinderlieder, telefoniert mit Fidel Castro oder erzählt eine Anekdote aus seinem Leben. Kein Wunder, dass von der bolivarianische Revolution nur noch Chavez wahrgenommen wird. Das verstärkt das Bild, dass viele Oppositionelle zeichnen: Venezuela sei auf dem Weg ein zweites Cuba zu werden Chavez der neue Castro. Dabei hatte Hugo Chavez kurz nach Beginn seiner ersten Amtszeit viele basisdemokratische Elemente in die Verfassung eingeführt. Unter anderem eine Regelung, die der Bevölkerung Venezuelas die

Möglichkeit gibt, jedeN gewählteN MandatsträgerIn auf allen Ebene nach der Hälfte der Amtszeit abzuwählen zu können. Chavez selber stellte sich schon einem solchen Referendum: 2004 versuchte die Opposition diese Regelung zum Sturz des Präsidenten zu nutzen, scheiterte jedoch deutlich. Chavez wurde in seinem Amt bestätigt. Internationale WahlbeobachterInnen sprachen von einer „sauberen Wahl“.

Auffällig ist die Wahl seiner außenpolitischen Verbündeten. Passend zu Chavez antiamerikanischen Meinung reist er durch die Welt, um USA-KritikerInnen die Hand zu reichen.

Doch was für die VenezolanerInnen zählt: Ihr Situation hat sich seit Chavez Amtszeit verbessert. Besonders die BarriobewohnerInnen und die indigene Bevölkerung können endlich an ein besseres Leben glauben.

## Reiche Opposition

In Altamira, einem bürgerlichen Stadtteil Caracas, gerate ich in eine Demonstration gegen die Schließung des Senders RCTV. Demonstrationen fordern die vorbeifahrenden

Autos auf, aus Anteilnahme am Protest zu Hupen. Auf Fahnen, T-Shirts und auf Gesichtern tragen sie das Logo des Fernsehsenders. Hugo Chavez hatte diesen Sender im Mai 2007 die Verlängerung der Sendeerlaubnis auf der öffentlich-rechtlichen Sendefrequenz verwehrt. Seit dem gibt es viele Proteste in den Vierteln der Mittel- und Oberschichten. Der Sender eines US-Amerikaners unterstützte aktiv den Putschversuch auf Chavez im Jahre 2002 und bemüht sich ansonsten genau so wenig, wie die staatlichen Sender um objektive Berichterstattung. Der einzige Unterschied ist nur eben, dass sie einseitig aus der Sicht der Oppositionellen berichten.

Das die Demonstration in Altamira statt findet ist kein Zufall, Chavez GegnerInnenenschaft besteht vor allem aus der besser gestellten Mittel- und Oberschicht Venezuelas. Hier gehen die Kinder auf Privatschulen und tragen Schuluniformen. Ihr Treffpunkt nach der Schule: das „Centro Sambal“. Die größte Shoppingmall Lateinamerikas.

Von der Dachterrasse der Mall hat man einen atemberaubenden Überblick über Caracas.

Hier wird einem noch einmal bewusst, wie weit die Lebensumstände der VenezolanerInnen auseinander klaffen. Wenn es dunkel wird erinnert nur noch ein Meer von tausend Lichtern an die Barrios. Der Anblick dieser Dörfer ist eine permanente Mahnung daran, wie groß die Kluft zwischen Arm und Reich in Venezuela ist.

**Christoph Müller** (21) ist IGEL Redakteur und studiert Sozialwissenschaften in Hannover. Er reiste im Sommer drei Wochen lang durch Venezuela.



# Lula Da Silva – linksgerichteter Präsident?

Seit 1. Januar 2003 schaltet und waltet in Brasilien der ehemalige Metallarbeiter Luiz Inácio Lula da Silva als erstmalig nach 40 Jahren links gerichteter Präsident. Aber auch in anderen lateinamerikanischen Staaten wurde in letzter Zeit viel und vor allen Dingen links gewählt - einzig Kolumbien bildet eine Ausnahme in der Reihe der fast durchweg linksgerichteten Regierungen lateinamerikanischer Staaten. Der wirtschaftsliberale Kurs vorheriger Regierungen hat sich nicht bewiesen, obwohl Lateinamerika immer reicher wird (seit 2004 ca. 8 bis 9% Wachstum dank des Rohstoffbedarfes Chinas und Indiens), wählen SüdamerikanerInnen aus der Konsequenz sozialer Ungerechtigkeit sowie ungerechter Einkommensverteilung heraus links. Wirtschaftlich möchte der ehemalige Gewerkschaftsführer den südamerikanischen Freihandelsblock Mercosur stärken und somit vor allen Dingen den Abbau von US-Agrarsubventionen und eine freiere Marktöffnung erreichen, durch eine rasche Tilgung der Schulden beim Internationalen Währungsfond (IWF) und als Gründungsmitglied der Südbank strebt er eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit Brasiliens an. Weiterhin beabsichtigt sind bis 2010 Investitionen in Bereichen Energie, Logistik, Wohnungsbau und städtische Kanalisation in Form des „Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) um die Wirtschaft jährlich um 5 % wachsen zu lassen.



## Null Hunger?

Eines der bedeutendsten Projekte der Lula-Regierung ist das Antihungerprogramm „Fome Zero“ (Null Hunger), dass sehr schnell das Überleben von 44 Millionen Brasilianern sichern soll. Unteren Schichten stehen ein halbes Jahr lang zusätzlich umgerechnet 16 Euro im Monat in Form von Chipkarten sowie knapp fünf Euro pro Kind für Lebensmittel zur Verfügung. Selbst wenn man die Frage nach dem Ausreichen dieses Geldes einmal außen vor lässt, bleibt dabei jedoch kritisch, dass in Form von Almosen zwar die Folgen, aber nicht die Ursachen von Armut, wie zum Beispiel die hohe Einkommensungerechtigkeit, bekämpft werden. Brasilien als 13. Wirtschaftsnation und größter Fleischexporteur der Erde könnte die Bevölkerung mit seinen Exporten anderthalbfach ausreichend mit Nahrung versorgen, dennoch bleiben 44 Millionen Menschen unterernährt, täglich sterben bis zu 140 Kinder trotz Antihungerprogramm. Schuld daran sind vor allem lange bürokratische Wege, die eine schnelle Hilfe stark Bedürftiger verhindern.

## Biosprit als Zukunft

Gleichzeitig setzt der brasilianische Präsident auf die Herstellung des Biokraftstoffes Ethanol, die zwar 6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen hat,

aber auf lange Sicht ein starken Kontrast zu „Fome Zero“ darstellt, weil viele Bauern und Bäuerinnen aufgrund höherer Profite die Herstellung von Zucker anstelle der Produktion anderer Grundnahrungsmittel bevorzugen. Dementsprechend weniger Lebensmittel werden produziert und die ärmsten Bevölkerungsteile leiden wieder Hunger. Daneben stellt die Biospritproduktion ein massives ökologisches Problem dar, da für die Zucker-Monokulturen oft Regenwald abgeholzt wird. Zudem wird der für den Biosprit benötigte Zucker meist von Hand unter sklavenartigen Bedingungen geerntet: Die ArbeiterInnen leben während der Erntezeit zusammengedrängt in Verschlägen, nutzen Säcke als Betten, erhalten zu wenig Lohn sowie Nahrung. Lula zeigt sich wenig beirrt und plant weitere Anbauflächen. Das Ergebnis ist eine weitere Abholzung des Regenwaldes.

Für seine zweite Amtsperiode sieht Lula nun verschiedene Sozialreformen vor, um die Gewalt „mit fester Hand des Staates“ zu vermindern, nachdem bis jetzt viel zu wenig in diesem Bereich getan wurde. 2,2 Milliarden Dollar sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre in verschiedene Bereiche investiert werden, so zum Beispiel in 160 neue geplante Gefängnisse um andere, überfüllte Anstalten zu entlasten. In diesen Gefängnissen sollen außerdem spezifische Berufs- und Ausbildungsangebote entstehen und 400 000 ehemaligen Häftlingen sowie anderen Jugendlichen soll über Stipendien finanzielle Unterstützung zur Fortbildung geboten werden.

Trotz vieler sozialer Versprechungen Lulas, von denen bei weitem nicht alle eingehalten wurden, bringt er keine Unterstützung für die im Staat lebende indigene Bevölkerung auf. Im Gegenteil, er sieht sie als Hindernis für die Durchführung seiner Investitionspläne (PAC). 2006 kamen mindestens 40 Ureinwohner gewaltsam ums Leben, Hauptursache hierfür sind ungesicherte Landrechte sowie das gewaltsame Eindringen von Bergbaugesellschaften, Holzunternehmen, Viehzüchtlern und Sojabauern und -bäuerinnen in ihre Lebensräume. Der linke Glanz ist in Brasilien also trotz Weihnachtszeit schon sehr matt geworden.

**Judith Adam** (18) ist frisch gewählte SPUNK-Redakteurin und plant für 2008/09 einen Freiwilligendienst in Lateinamerika.



# Lateinamerikas finanzielle Unabhängigkeit?

Die Internationale Finanzordnung ging in letzter Zeit sehr stark zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer. Die neo-liberale Politik von IWF und Weltbank war gesteuert von wenigen Industrieländern und Konzernen. Diese Entwicklung könnte sich mit der Gründung einer Südamerikabank ändern. Spunk-Redakteur Rasmus Andresen beobachtet die Entwicklung.



Mitte April dieses Jahres wurde öffentlich, was in Fachkreisen schon länger bekannt war: Lateinamerikanische Länder schlossen sich zusammen und wollen eine Südbank gründen. Die in Planung stehende Südbank soll als unabhängige Alternative zu IWF und Weltbank fungieren. Allen voran sind es Ecuador, Argentinien, Venezuela und Brasilien, die ein Interesse an einer eigenständigeren Finanzpolitik gegenüber beispielsweise den USA oder der EU haben. Ecuadors Wirtschaftsminister Ricardo Patico stellt so gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti fest, dass die Hauptaufgabe der Südamerikabank darin besteht, die Abhängigkeit von lateinamerikanischen Ländern von der IWF zu beenden. Die IWF führt mit ihrer Strukturanpassungspolitik knallhart die Interessen der USA und anderer Industrieländer sowie deren Grosskonzerne durch. Entwicklungs- und Schwellenländer bekommen so nur finanzielle Hilfe bewilligt, wenn sie als Gegenleistung ihre Märkte öffnen und ihre Politik der neoliberalen Politik alter Industriestaaten anpasst. Die Idee stammt ursprünglich von den Regierungen Venezuelas und Argentiniens und den zu diesem Zeitpunkt regieren-

den Staatschefs Hugo Chavez und Néstor Kirchner. Innerhalb kurzer Zeit fand die Idee einer unabhängigen Bank jedoch Anklang bei anderen lateinamerikanischen Staaten. Dies ist nicht sehr verwunderlich, da die lateinamerikanischen Staaten alleine in den USA ein Finanzvolumen von 200 Milliarden US Dollar angelegt haben. Das Ziel der neuen unabhängigen Bank wäre neben Haushaltskonsolidierung der Mitgliedsstaaten auch die Finanzierung regionaler Wirtschaftsprojekte. Abgesehen von den regionalen politischen Zielen wird die Gründung der Südbank zum internationalen Politikum. Hugo Chavez spricht von „Alternativen zum Imperialismus“ oder nennt die neoliberale Politik der Weltbank und des IWF „Erpressung“.

## Reaktionen aus dem Kapitalismus

Während die Reaktionen aus vielen alten Industriestaaten zurückhaltend

bis abwesend sind, begrüsst die deutsche Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul die Initiative, sieht jedoch auch eine Reihe Probleme verbunden mit der stärkeren Konkurrenz unter Entwicklungsbanken. So fürchtet die SPD-Ministerin, dass ein Dumpingwettbewerb mit einem Finanzvolumen von ungefähr 20 Milliarden Euro eines der ersten Grossprojekte der neuen Bank werden wird.

## Was bringt die Südbank?

Aus der Sicht der Grünen Jugend, also aus sozial-ökologischer Sicht, ist die Entstehung der Südamerikabank positiv zu sehen. Wir können es nur begrüßen, dass lateinamerikanische Staaten sich von neoliberalen Strukturen lösen wollen und eine eigenständige Finanzpolitik entwickeln wollen. Die Strukturen der IWF

und der Weltbank sind zu Recht kritisch zu sehen, da es überwiegend die EU und die USA sind, die in den Gremien die Finanzpolitik zu ihren Gunsten und zu Ungunsten von Schwellen- und Entwicklungsländern steuern. Unsere Massstäbe an eine unabhängige Entwicklungsbank sollten sein, dass die Bank sozial und ökologisch nachhaltig arbeitet und nach dementsprechenden Massstäben Kredite vergibt. Eine weitere Gefahr ist, dass ähnlich wie bei sämtlicher internationaler Zusammenarbeit wenige Staaten den Ton angeben und kleinere Staaten kaum Einflussmöglichkeiten haben. So ist das internationale Projekt der südamerikanischen Staaten eine Alternative zu dem herrschenden kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystem. Allerdings muss sich diese Alternative an den genannten Kriterien messen lassen. Ein Wechsel in der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung ist dringend notwendig. Dieser Wechsel darf aber nicht nur die Auseinandersetzung mit den USA bedeuten, sondern muss noch deutlich mehr sein.

**Rasmus Andresen** (21) ist Spunkredakteur und fühlt sich nicht nur aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer sozialistischen Partei Dänemarks mit dem Thema verbunden.



## Porto Alegre

Im BürgerInnenhaushalt, der erstmals in Puerto Alegre (Brasilien) 1989 als Beteiligungshaushalt (Orçamento participativo) eingeführt wurde, werden die BürgerInnen einer Gemeinde mit direkten Demokratieelementen in die Haushaltsfindung eingebunden. Ziel ist es Korruption zu bekämpfen und die Identifikation der EinwohnerInnen mit ihrer Kommune zu stärken. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 gab es Initiativen in diese Richtung.

# LateinamerikanerInnen aller Länder vereinigt euch



## Regionale Bündnisse in Lateinamerika

### MERCOSUR (Mercado Común del Sur)

Brasilien  
Argentinien  
Paraguay  
Uruguay  
Venezuela

### Andengemeinschaft (CAN: Comunidad Andina de Naciones)

Bolivien  
Equador  
Kolumbien  
Peru

### ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América)

Bolivien  
Kuba  
Nicaragua  
Venezuela

### UNASUR (Unión de Naciones Suramericanas)

Staaten des MERCOSUR  
Staaten der Andengemeinschaft  
Chile  
Brasilien  
Guyana  
Surinam

### CARICOM (Caribbean Community and Common Market)

Antigua und Barbuda  
Bahamas  
Barbados  
Belize  
Dominica  
Grenada  
Guyana  
Haiti  
Jamaika  
Montserrat  
St. Kitts und Nevis  
St. Lucia, St. Vincent und die  
Grenadinen  
Suriname  
Trinidad und Tobago

Über die aktuellen Entwicklungen, Fortschritte und Probleme des lateinamerikanischen Integrationsprozesses berichtet Sven-Christian Kindler.

Es war sein großer Traum. Er träumte von einem vereinten, lateinamerikanischen und freiem Amerika. Von einem geeinten Amerika, dass sich von den Ufern des Rio Bravo in Mexiko bis zur Südspitze am Kap Horn in Chile erschreckt. Die Rede ist von Simón Bolívar, dem venezolanischen Unabhängigkeitskämpfer gegen die spanischen Besatzer im 19. Jahrhundert.

In vielen Ländern Südamerikas wird heutzutage der Adlige Bolívar als Nationalheld verehrt. Ein mächtiger Landsmann beruft sich besonders lautstark auf ihn und versucht sich als sein würdige Nachfolger zu profilieren. Die Rede ist von Hugo Chávez, dem Staatspräsidenten von Venezuela. Er propagiert einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und setzt sich in Venezuela für die „bolivarische Revolution“ ein. Den Hauptfeind sieht er im „US-Imperialismus“ und verbündet sich deshalb einerseits international mit US-Gegnern, wie dem kubanischen Diktator Fidel Castro und dem antisemitischen Shoa-Leugner und iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad. Andererseits treibt Chávez als einer der zentralen Hauptakteure als Gegengewicht zu den USA und Kanada deshalb den innerlateinamerikanischen Integrationsprozess mit voran.

### Neoliberal war gestern

Dabei fällt Chavez populistische anti-amerikanische, antiwestliche und zum Teil auch antisemitische Propaganda auf fruchtbaren Boden in Lateinamerika. Die Wut besonders auf die USA ist nicht nur, aber auch durch die Resultate der neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte erklärbar. In den 80er und 90er Jahren konnten die durch die westlichen Staaten dominierten internationalen Finanzinstitutionen - Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank - aufgrund der Schuldenkrise und Abhängigkeit von Krediten in vielen lateinamerikanischen Staaten marktradikale Programme durchsetzen. Doch die 1990 im Rahmen des „Washington Consensus“ festgehaltenen Maßnahmen, wie die verstärkte Privatisierung, strikte Haushaltsdisziplin, Deregulierung der Märkte und Liberalisierung des Handels, brachten nicht den erhofften Erfolg. Die Schere zwischen dem extremen Reichtum Weniger und der bitteren Armut Vieler verschärfte sich weiter. Nachdem Mexiko 1995 in der so genannten „Tequila-Krise“ in eine tiefe Rezession stürzte, gerieten Ende der neunziger Jahre vor allem die beiden größten Volkswirtschaften Brasilien (1999) und Argentinien (2001) in eine schwere Wirtschaftskrise. Ganz Lateinamerika litt unter den dramatischen ökonomischen und sozialen Folgen und als eine Konsequenz wurden die Protagonisten der neoliberalen und USA-freundlichen Politik in den Folgejahren in fast allen Ländern durch linke sozialdemokratische und sozialistische PolitikerInnen abgelöst.

### Regional statt neoliberal

Das aktuelle lateinamerikanische Streben nach mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung drückt sich jedoch nicht nur im so genannten „Linksruck“ und der verstärkten Distanz zu den USA aus, sondern ist auch institutionell anhand der verschiedenen regionalen Bündnisse auf dem Kontinent sichtbar. So existieren in Lateinamerika und der Karibik alleine circa acht unterschiedliche regionale Integrationsmodelle, wie z.B. die Andengemeinschaft CAN oder das karibische Bündnis CARICOM. Als derzeit am bedeutendsten werden drei unterschiedliche Integrationsmodelle eingeschätzt: MERCOSUR, ALBA und UNASUR.

### Wann kommt der gemeinsame Markt?

Im Gegensatz zu dem von den USA vorangetrieben Modell der Amerikanischen Freihandelszone ALCA und den bilateralen desintegrativ wirkenden Handelsabkommen, setzen die Staaten des MERCOSUR - was in der Langversion übersetzt „Gemeinsamer Markt des Südens“ bedeutet - auf die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes und Einführung einer koordinierten, möglichst einheitlichen Außenhandelspolitik. Der MERCOSUR wurde 1991 von Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay gegründet und förderte vor allem in der Vergangenheit durch die Errichtung einer halbwegs funktionierenden Zollunion die ökonomische Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten. 2006 hat auch Venezuela den Beitritt offiziell unterzeichnet, die formelle Aufnahme muss aber noch von allen Mitgliedsstaaten bestätigt werden. Auf der Agenda stehen auch immer mal wieder soziale und ökologische Problemstellungen, abgestimmte Lösungsstrategien dazu

werden im Rahmen des MERCOSUR aber kaum verfolgt. Auch vom Ziel einen gemeinsamen Markt zu etablieren, in dem ähnlich zur Europäischen Union ein freier Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital oder auch eine verstärkte Koordination und Integration in Politikfeldern wie z.B. der Geld-, Agrar-, Industrie-, oder Verkehrspolitik realisiert wird, sind die Staaten noch weit entfernt. Positiv am MERCOSUR ist jedoch hervorzuheben, dass aufgrund der Erfahrungen aus der Zeit der Militärdiktaturen in Lateinamerika nur demokratische Staaten Mitglied werden können.

### USA? NO!

Diese Bedingung gilt allerdings nicht für das Staatenbündnis ALBA, in dem sich 2005 Kuba, Nicaragua, Bolivien und Venezuela zusammengeschlossen haben. Bei der Bolivarischen Alternative für Völker unseres Amerikas (ALBA) steht weniger die weitere Vernetzung der nationalen Volkswirtschaften in gemeinsamen Märkten im Vordergrund. Viel mehr verbindet die Staaten die ideologische Übereinstimmung, dass dem Nationalstaat in der Wirtschaft vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Globalisierung mehr Macht zu kommen sollte, wie z.B. durch die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Das Bündnis ist auch aufgrund seiner Zusammensetzung in seiner politisch-strategischen Ausrichtung klar anti-amerikanisch und gegen die ALCA positioniert und versucht ein ökonomisches Gegengewicht zu den USA und der EU zu formieren.

### Vorbild EU

Der wohl ehrgeizigste überregionale Vereinigungsprozess findet derzeit im Rahmen der Union der südamerikanischen Staaten (UNASUR), die ihren Sitz in der equadorianischen Hauptstadt Quito hat, statt. Neben den Staaten des MERCOSUR und des Andengemeinschaft sind auch noch Guyana, Chile und Suriname in dem Staatenbund dabei. Geplant ist langfristig bis 2025 einer der Europäischen Union vergleichbare Integration mit einer einheitlichen Währungsunion, einem gemeinsamen Markt und demokratischen supranationalen Institutionen zu erreichen. Kurzfristig liegt das Hauptziel in der Koordinierung der Energiepolitik im gemeinsamen südamerikanischen Energierat. Ein Konfliktpunkt bei UNASUR ist die unterschiedliche Haltung zu Agro-Treibstoffen. Während Bolivien und Venezuela die Verwendung von Nahrungsmitteln, wie Mais oder Soja, für die Treibstoffproduktion ablehnen, sprechen sich Chile und Brasilien in Kooperation mit den USA für die Förderung dieses Wirtschaftszweiges aus. Weiterhin plant UNASUR, vor allem auf Betreiben Venezuelas, die Förderung, den Transport und die Verarbeitung von Erdöl und Erdgas zu forcieren. Negative Auswirkungen wie die Emissionsbelastung oder die Umweltzerstörungen werden dabei allerdings vernachlässigt.

### Alle müssen mit

So kraftvoll und energisch der Integrationsprozess in den letzten Jahren auch vorangetrieben wurde, viele Problemfelder und Konflikte sind noch ungelöst. So birgt die Asymmetrie zwischen den beiden großen und einflussreichen Staaten Brasilien und Argentinien und vielen eher kleineren Staaten die Gefahr einer einseitigen Dominanz bei Absprache des lateinamerikanischen Führungsduos. Auch die ökologischen und damit verbundenen sozialen Probleme bei der ökonomischen Entwicklung der Staaten werden in den Bündnissen bisher kaum erörtert. Ebenso bleibt ungeklärt, wie die wenigen verbliebenen rechten Regierungen, z.B. in Mexiko oder Kolumbien, mit in die Vereinigungsprozesse angemessen integriert werden können. Ferner ist fraglich, ob der südamerikanische Integrationsprozess erfolgreich sein wird,

wenn er auch in Zukunft nur ein Projekt der Regierungschefs ist. Bisher blieben die lokale Bevölkerung, die nationalen wie internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft weitgehend außen vor. Die Gründung der UNASUR ist ein erster wichtiger Schritt und zeigt das neue Selbstbewusstsein in Lateinamerika. Doch wenn der Traum von Bolivar wahr werden soll, müssen alle, und nicht nur die politischen Eliten, beteiligt werden.

**Sven-Christian Kindler**, 22, ist Sprecher der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen und lebt und arbeitet als Betriebswirt in Hannover. Er begrüßt die - wenn auch langsame - Auflösung der Nationalstaaten.



# Das grüne und das schwarze Gold

Die artenreichen Regenwälder Ecuadors werden von Erdölmultis zerstört. Kathrin und Bärbel Henneberger berichten über Auswirkungen und neue Möglichkeiten.



Das Regenwaldgebiet in Ostecuador, Oriente genannt, erstreckt sich über 13 Millionen Hektar, gehört zum oberen Einzugsgebiet des Amazonas und ist eine der artenreichsten Regionen der Erde. Über 50.000 verschiedene Gefäßpflanzen, ca. 3000 Fischarten, ein einmaliger Reichtum an Vögeln, Amphibien und Säugetieren, darunter viele Affenarten, finden sich in den acht verschiedenen Vegetationstypen des Oriente. In den Regenwäldern Ecuadors leben noch etwa 100.000 Indigene, darunter die Völker der Quichua, Shuar, Ashuar, Huaorani, Siona, Secoya und Cofán. Trotz all der biologischen und kulturellen Vielfalt ist Ecuador leider auch ein sehr armes Land, was besonders in seinen Regenwäldern zu einer Reihe von ökologischen Problemen führt. Brandrodungen von Siedlern, der Anbau von artenarmen Monokulturen, beispielsweise Ölpalmen, und der großflächige illegale Holzeinschlag dezimieren die Fläche der intakten Wälder tagtäglich.

## Das schwarze Gold

In den 60er Jahren kam in Ecuador dann ein weiterer Faktor hinzu: Unter dem Regenwald wurde Erdöl gefunden. Fast der gesamte Oriente wurde vom ecuadorianischen Staat in so genannte "Blocs" aufgeteilt, für welche dann Konzessionen an verschiedene meist inter- und multinationale Erdölgesellschaften (z.B. Texaco, Occidental Petroleum) vergeben wurden.

Die verschiedenen Phasen der Förderung (seismische Messungen, Straßenbau, Bohrungen, Förderung und Transport) führen alle zu hohen Beeinträchtigungen der Umwelt. Eine Million Hektar Regenwald sind direkt von der Erdölförderung betroffen, aber noch viel mehr wurde für den Bau von Straßen und Landepisten zerstört. Das feucht-heiße Klima verursacht schnell Korrosionsschäden an den Pipelines und Förderanlagen. Durch Vulkanaktivitäten und Erdbeben kommt es zu häufigen Lecks und zu katastrophalen Ölunfällen. So flossen hunderttausende Barrel Rohöl in die Flüsse, zusätzlich werden wöchentlich 150.000 Barrel Förderungsabwässer eingeleitet und ca. 1.750.000 m<sup>3</sup> Erdgas abgefackelt.

Durch die geringe Speicherkapazität der Böden gelangt ein Großteil der Schadstoffe direkt wieder in das Wasser und die Stoffkreisläufe. So werden Boden, Flüsse und das Grundwasser kontaminiert. Seit im Amazonastiefenland Erdöl gefunden wurde, hat sich besonders das Leben der indigenen Bevölkerung sehr verändert. Viele Völker wurden ihrer Territorien beraubt, der Wald und die Flüsse – ihre Lebensgrundlage – zerstört und vergiftet. Die traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweisen mussten aufgegeben werden; aber einige Völker leben in freiwilliger Isolation, um ihre ursprüngliche Kultur zu bewahren. Andere Völker versuchen ihren Lebensraum mit bewaffnetem Widerstand zu schützen oder ziehen vor Gericht. Der Großteil

der Menschen im Oriente leidet unter den gesundheitlichen Auswirkungen der starken Umweltverschmutzung, an Augenkrankheiten, Kopfschmerzen, Durchfall und Pilzbefall. Das Risiko an Krebs zu erkranken ist wesentlich höher als in anderen Regionen Ecuadors und Fehlgeburten häufen sich.

Eigentlich garantiert die Verfassung der Republik Ecuador das „Recht auf Leben in einer unverschmutzten Umwelt“, auch im 1990 verabschiedeten Gesetz über Forst- und Naturschutz wird jegliche Umweltverschmutzung verboten, aber die gesetzlichen Umweltauflagen werden oftmals nicht eingehalten und es gibt kaum effektive Kontrollen durch staatliche Institutionen. Auch Deutschland unterstützte die Erdölförderung in Ecuador; beim Bau einer neuen Pipeline 2001-03 vergab die Westdeutsche Landesbank Kredite. In NRW kam es damals vor Filialen der WestLB zu Protestaktionen der Grünen Jugend. Erdöl und Erdölprodukte sind mit 56 % nach wie vor die wichtigste Exporteinnahmequelle des Landes Ecuador und erbringen rund 30 % des Staatsetats. Aber es findet ein Umdenken statt: Beispielhaft hierfür sind die innovativen Ansätze der neuen Regierung unter Präsident Rafael Correa. Der Vorschlag den sie den Vereinten Nationen auf einer Klimakonferenz unterbreiteten, hört sich simpel an: Unter dem Nationalpark Yasuní liegen 920 Mio Barrel Öl. Der ecuadorianische Staat will sich verpflichten, dieses Öl nicht anzurühren, also auf einen Gewinn von 720 Mio Dollar jährlich zu verzichten, wenn er von der internationalen Gemeinschaft über einen Zeitraum von 30 Jahren insgesamt 4,6 Mrd Dollar erhält. Für den Schutz des Klimas und der Biodiversität. Für die Tetete kommen all diese Überlegungen schon zu spät: bereits in den 70er Jahren starben die letzten Angehörigen dieses Volkes. Wie viele Tier- und Pflanzenarten durch die Vernichtung der Regenwälder, speziell durch Erdölförderung, schon ausgestorben sind, kann wohl keiner sagen.

**Nachtrag: ++++** Meldung vom 04.12.2007, OILWATCH: Nach einem Streik mit gewalttätigen Ausschreitungen in der Gemeinde Dayuma, die sich gegen die Erdölförderung wehrt, beschimpft Präsident Correa in einer Rede Umweltschützer als Terroristen, spricht von kindischen Linken und romantischen Naturliebhabern, sagt dass Zuwiderhandlungen gegen die Entwicklung des Landes bestraft würden, und dass im Nationalpark Yasuní auf jeden Fall Öl gefördert wird, wenn die internationale Gemeinschaft nicht zahlt. ++++ Somit hat die Hoffnung auf den Erhalt der Amazonasregenwälder in Ecuador einen frischen Rückschlag erhalten, und nun liegt es allein an den Vereinten Nationen, ob der Erde diese einmaligen Wälder erhalten bleiben.



**Bärbel Henneberger** (23) ist aktiv bei der Gesellschaft für bedrohte Völker, studiert Geographie und schreibt ihre Diplomarbeit über die Auswirkungen der Erdölförderung in Ecuador.



**Kathrin Henneberger** (20) ist im Bundesvorstand der Grünen Jugend und studiert Geoökologie.

# Der linke Ausverkauf des Regenwaldes

Beginnend mit der Wahl Hugo Chavez' 1999 zum Staatspräsidenten von Venezuela rückte Südamerika im politische Spektrum nach links - heute haben zahlreiche der südamerikanischen Länder zum Teil extrem linke Regierungsoberhäupter. Ökologische Bestrebungen, wie sie grundlegender Teil eines umfassenden linken Weltbildes sind, waren in beinahe jedem Wahlprogramm zu finden. Gute Zeiten für den Regenwald? SPUNK-Redakteurin Luise Neumann-Cosel wirft einen Blick auf den südamerikanischen Linksruck und seine ökologischen Folgen.

Als Luis Inacio Lula da Silva im Oktober 2002 sein Amt als brasilianischer Präsident antritt, mangelt es vorerst nicht an umweltpolitischen Initiativen: Gleich zu Beginn des Jahres 2003 erließ Lula einen „Aktionsplan zur Vorbeugung und Kontrolle der Abholzung des Amazonasgebietes“ und ließ Schutzgebiete ausweisen. Die Ernüchterung folgte aber auf dem Fuß: Sowohl 2003 als auch 2004 stieg der Anteil abgeholzter Flächen im Amazonasgebiet weiter an. Korruption, zu wenig Kontrollen und heimlicher Raubbau lassen den Regenwald immer weiter schrumpfen, weit weg erlassene Richtlinien und Aktionspläne können kaum etwas dagegen ausrichten.

Dagegen forciert Lula unter anderem den Bau mehrerer gigantischer Staudämme, ein Kanalisierungsprojekt und den Ausbau des Infrastrukturnetzes durch das Amazonasgebiet, der mit extremen Abholzungen einhergehen wird. Weithin bekannt ist Lulas großes Engagement im Bereich der Gentechnik. So ist Brasilien mittlerweile einer der größten Produzenten von Sojaprodukten aus genetisch modifiziertem Saatgut. Schließlich wirbt Brasiliens Staatschef überall für brasilianischen Bioethanol – für dessen Anbau tagtäglich quadratkilometergroße Flächen Regenwald gerodet werden.

## Die südamerikanische Energie-Allianz

Das wohl absurdeste Projekt aber verfolgt da Silva gemeinsam mit seinem demokratisch zweifelhaftem venezolanischen Amtskollegen Hugo Chavez: Die längste Erdgaspipeline der Welt soll von Venezuela quer durch den brasilianischen Regenwald bis nach Argentinien verlaufen. Die Pipeline würde das Amazonasbecken und damit zahlreiche Habitate zerschneiden; eine Katastrophe für die lokalen Ökosysteme und die darin lebenden Arten. Die Umweltorganisation Friends of the Earth schätzt, dass der Gasleitung mindestens 45.000 km<sup>2</sup> Regenwald zum Opfer fallen würden. Daneben ist mittlerweile geplant, die Pipeline auch für Benzin oder Öl zu nutzen. Leckagen darin wären sowohl für die örtliche Bevölkerung als auch für die Umwelt verheerend. Beginnen soll die Pipeline im „Faja Petrolífera del Orinoco“, dem Ölgürtel im Orinocodelta. Die Mangrovenwälder dort sind ein äußerst sensibles Ökosystem, eine knappe Stunde davon entfernt liegen vermutlich die größten Ölvorkommen der Erde. Genau wie im durch die Ölförderung mittlerweile fast völlig zerstörten Maracaibo-See im Nordwesten Venezuelas wird im Orinocodelta so gut wie unbegrenzt Öl gefördert; die Auswirkungen auf die fragile Biosphäre sind kaum abschätzbar. Nur dass sie positiv sein werden, kann mensch wohl ausschließen.

## Die Rechte indigener Bevölkerung

Nach Chavez' Wahl 1999 und Lulas 2002 wurde 2006 in Bolivien der Indígena Evo Morales zum Präsidenten gewählt. Er steht für den Kampf der indigenen Bevölkerung um Anerkennung und Erhalt ihrer Naturreservate, für ihren Kampf um die Legalisierung des Koka-Anbaus. Trotz alledem erlaubte eine Behörde von Morales Regierung Siedlern Mitte 2006 das Vordringen in einen Nationalpark im bolivianischen Tiefland. Die Folge waren nicht nur ein explosionsartiger Anstieg der Abholzungen in dem Park. Es bedeutet auch einen massiven Eingriff in lang und schwer erkämpfte bestehende Rechte der indigenas und Regelungen zum Schutz der Natur. Den Grund für dieses paradoxe Verhalten muss mensch wohl darin suchen, dass die Tieflandvölker, anders als andere Indigenen-Stämme, keine Machtbasis Morales' darstellen. Das bekommen sie samt ihren Nationalparks deutlich zu spüren.

## Der südamerikanische Linksruck – eine ökologische Farce also?

Allen schlechten Beispielen zum Trotz gibt es auch Fortschritte. So hat Lula 2006 ein – nicht unstrittiges, aber unzweifelhaft interessantes – Projekt gestartet. Der Regenwald soll „privatisiert“ werden: Etwa 3% des gesamten Regenwalds Brasiliens werden per Konzessionsvertrag Holzfirmen zur Ausbeutung überlassen. Ein bestechender Gedanke, könnte der Staat doch so zumindest einen Teil der Kontrolle über die Naturräume wiedererlangen, der illegale (oft viel schlimmere) Raubbau wäre damit eingeschränkt und Viehzucht oder Sojaanbau auf diesen Flächen wäre unmöglich gemacht. Die Firmen wären per Vertrag an eine nachhaltige Nutzung des Waldes gebunden. Die brasilianische Umweltbewegung entzweit sich über diesem Problem. Streitpunkte sind wie bei gesetzlichen Regelungen die Einhaltung der Verträge und die Kontrollmechanismen.

Der seit Anfang dieses Jahres regierende linke Präsident Ecuadors Rafael Correa hat aber zweifelsohne den interessantesten Vorschlag seit Jahren gemacht. Ecuador verzichtet auf den Abbau und die Erschließung neu entdeckter Ölquellen unter dem ecuadorianischen Regenwald. Im Gegenzug würde das Ausland die Hälfte des Einkommens bezahlen, das Ecuador aus dem Öl bezöge. Ein enormer Gewinn für Ökosysteme, Artenvielfalt und Klima sowie die lokale indigene Bevölkerung. Vielleicht gibt es also doch noch Hoffnung auf gute Zeiten.

**Luise Neumann-Cosel** (21) ist SPUNK-Redakteurin und studiert in Potsdam Geoökologie. Den Sommer über ist sie durch den Tieflandregenwald Panamas ge-



## Das Amazonasbecken trocknet aus!

In den Trockenzeiten von 2005 und 2006 sank der Flusspiegel um 4-5 Meter tiefer als üblich. Millionen Fische starben, und vielerorts waren Dörfer nicht mehr erreichbar, weil die Flüsse nicht mehr zu befahren waren. Die Anzahl der Waldbrände erreichte ein Rekordniveau.

Schuld sind die wärmeren Wassertemperaturen im tropischen Nordatlantik und in der benachbarten Karibik. Im Sommer und Herbst steigt die Luft der Nordhalbkugel aufgrund des warmen Wassers auf, während sie auf den benachbarten Kontinenten absinkt. Dadurch wird die Wolkenbildung über dem Amazonasbecken verhindert und es kommt zu Trockenheit. Mit dem Klimawandel wird dieser Effekt deutlich verstärkt.

Aber auch die Endwaldung trägt eine hohe Mitschuld: Rund ein Fünftel des Regenwaldes ist inzwischen abgeholzt. Hinzu kommen weitere 22% des Waldes, welche stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Bäume spenden Schatten und schützen vor dem Austrocknen.

# Die Banden der Favelas

## – Armut, Gewalt, Kriminalität

Im vergangenen Jahr - 2006 - gab es einen Gefängnisauflauf, der Brasilien in die internationalen Schlagzeilen brachte und mehrere Wochen andauerte. Die Banden der Favelas hatten ihn aus den Gefängnissen und Favelas geleitet. Doch was sind eigentlich die Favelas und welchen Einfluss haben die Banden wirklich? SPUNK-Redakteurin Silke Gebel hat sich für die diese Ausgabe auf die Recherche begeben.

Favelas gelten mittlerweile als Synonym für Armenviertel weltweit, ursprünglich sind sie um die großen Städte Brasiliens entstanden. Benannt sind sie nach dem gleichnamigen Hügel vor Rio de Janeiro, auf dem ihre Gründerinnen und Gründer auf der Suche nach Arbeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Hütten bauten. Im fünftgrößten Land der Welt mit seinen über 188 Millionen Menschen gibt es Favelas überall. Oft selbstorganisiert, gelten staatliche und demokratische Regeln dort nicht unbedingt überall. In ihnen haben sich Banden gebildet, die für ihre Art der Ordnung sorgen.

Lange hat der Staat den Armen seines Landes keine Beachtung geschenkt. In den letzten Jahrzehnten versuchten die Regierungen aber immer mehr einen Weg zu finden mit den Problemen der Favelas umzugehen. Zwischen Umsiedlungen und Integrationsmaßnahmen wie dem Programm „Favela Bairro“, das bis 2010 in alle Favelas Strom, Wasser, Kanalisation etc. bringen soll, gibt es immer wieder Ansätze dem Umstand der „Städte in den Städten“ entgegenzutreten. Die größte Favela Lateinamerikas ist Rocinha im Süden von Rio de Janeiro mit einer Bevölkerung von angeblich bis zu 250.000 BewohnerInnen.

### Alltag in den Favelas

Die Probleme in den Favelas sind vielfältig, hauptsächlich sind es aber Armut, Ausgrenzung und Gewalt. Als der Kokainhandel aus Kolumbien seinen Weg nach Europa über Brasilien gefunden hat, um von dort verschifft zu werden, hat die organisierte Kriminalität enormen Aufwind bekommen. Denn mit den Drogen kam das Geld und mit dem Geld die Verteilungsproblematik. Dies führte zu einer regelrechten Aufrüstung mit neuen Waffen in den Favelas. Tödliche Querschüsse von alltäglichen Schießereien oder gezielte Hinrichtungen waren die Folge. Die Konflikte gewannen immer mehr an Schärfe und das Prinzip Darwin – der Stärkere überlebt – rekrutierte immer mehr Menschen für die organisierte Kriminalität, bevorzugt junge nicht ausgebildete Männer.

Durch die unerlässliche Brutalität und einem breiten System von UnterstützerInnen und Abhängigkeiten erlangten immer mehr Banden die Oberhand in den Favelas. Zwar haben sich zum Teil basisdemokratische Selbstverwaltungen gebildet, doch diese Politikstrukturen ohne großen

Rückhalt im Land, können sich nicht gegen die Machtstrukturen der Banden durchsetzen. Hinzu kamen immer wieder brutalste Übergriffe von staatlicher Seite, auch in den letzten Jahren, die die Akzeptanz der Politik und Regierung mehr schwächten als stärkten.

### Wie stark ist der Einfluss der Banden?

Die Macht der Banden macht sich exemplarisch deutlich, wenn man die Gewaltausbrüche aus dem Mai 2006 betrachtet. Rund 800 Gefangene, die der Organisation „Erstes Hauptstadtkommando“ (Primeiro Comando do Capital – PCC) angehören, sollten in ein anderes Gefängnis verlegt werden. Der Einfluss der gefangenen Bandenmitglieder ließ aber das Land für einige Wochen fast im Chaos versinken. Zuerst starben zahlreiche Menschen bei Aufständen in etlichen Gefängnissen, später gab es eine Reihe von Anschlägen auf Polizeiwachen, Militäranlagen und Polizeifahrzeugen. Insgesamt sind bei diesem Gewaltausbruch fast 300 Menschen gestorben.

Der enorme Einfluss der Bandenchefs, die häufig ihre Macht einem ganzen Clan übertragen, reicht soweit, dass selbst Verhandlungen mit der Polizei geführt werden können. Durch die Macht in den Favelas können sie politische Kraft entfalten und WählerInnenstimmen organisieren. Dies erlaubt ihnen nach Deals mit der Polizei und anderer staatlicher Stellen weitestgehend ungestört ihrer Arbeit nachzugehen. Dadurch werden die Probleme gefestigt und nicht verringert.

### Gegenmaßnahmen und Handlungsoptionen

Etliche Gegenmaßnahmen wurden angesichts der massiven Gewalteskalationen angekündigt. Allerdings hat der brasilianische Präsident Lula da Silva den Haushaltsansatz für den Strafvollzug schon vorher um 48,5 Prozent reduziert.

So werden die Probleme der Favelas nicht gelöst. Zwar wird der Kriminalität durch Programme wie "Fome Zero – Null Hunger" teilweise der Boden entzogen, doch solange es eine so starke Parallelstruktur gibt, die ihrem Willen mit Waffengewalt Ausdruck verleihen kann, wird sich nichts ändern und die, die Wahl haben, werden versuchen in den Drogenbanden „Karriere“ zu machen.

**Silke Gebel** (24) ist politische Geschäftsführerin der GRÜNEN JUGEND. Nach dem Abitur wollte sie eigentlich nach Brasilien, um in den Favelas zu arbeiten.



## Transparency International Index

Rang Land CPI Score (2007)  
[min. 0 - 10 max.]

22	Chile	7,0
25	Uruguay	6,7
46	Costa Rica	5,0
72	Brasilien Peru Mexiko	3,5
105	Argentinien Bolivien	2,9
111	Guatemala	2,8
123	Nicaragua	2,6
131	Honduras	2,5
138	Paraguay	2,4
150	Ecuador	2,1
162	Venezuela	2,0

## Wenn der Rechtsstaat nur noch eine leere Hülle ist

Die älteste Demokratie Südamerikas versinkt im Bürgerkrieg. In Europa beschneiden die InnenpolitikerInnen im vermeintlichen Kampf gegen den Terrorismus die Bürgerrechte und Verfassungsgrundsätze. Ihr Leichtsinns scheint umso bedrohlicher, schaut man nach Kolumbien. Warum, erklärt GRÜNE JUGEND-Sprecher Jan Philipp Albrecht.

### Über 200 Jahre Instabilität

Seit 1886 ist Kolumbien eine demokratisch verfasste Republik und damit formal die älteste und stabilste Demokratie Südamerikas. Formal, weil seither nicht bloß immer wieder auch militärische Machtübernahmen stattfanden, sondern vor allem weil die Einstufung als demokratischer Staat auf formalen Kriterien wie regelmäßig abgehaltenen Wahlen und einer oberflächlichen institutionellen Stabilität beruht. In qualitativer Hinsicht weist die kolumbianische Demokratie dagegen außerordentliche Defizite auf. Das liegt vor allem an einem starken Übergewicht der Exekutive. Seit seinem Amtsantritt 2003 regiert Präsident Álvaro Uribe Vélez per Notstandsgesetz, welches ihm zur Gewährleistung der Sicherheit nahezu uneingeschränkt die Beschneidung von Bürgerrechten legitimiert. Der von zahlreichen Partikularinteressen gekennzeichnete Kongress hat in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr von seiner Kontrollfunktion eingebüßt. So stehen etwa 30% aller Kongressabgeordneten unter dem Verdacht, die Interessen der rechten Paramilitärs zu vertreten. Ähnliches gilt für die Gerichtshöfe im Land. Die stark sicherheitsorientierte Politik der aktuellen Regierung und der stetige Kompetenzzuwachs der Exekutive stehen der Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft und eines stabilen Rechtsstaates diametral entgegen. Amnesty International kritisiert deshalb seit Jahren die negative Menschen- und Bürgerrechtsbilanz der Regierung in Bogotá. Immer wieder werden „radikale“ Parteien vom kar-



tellhaften politischen System ausgeschlossen. Die unterdrückte Opposition und die politische Abhängigkeit von Polizei und Justiz führen zu einer Aushöhlung des Rechtsstaats. Paramilitärische Verbände halten derweil Teile des Landes im Auftrag von Militär und Großgrundbesitzern besetzt. Das ist vor allem die Drogenmafia, die sich von der Einflussnahme der USA einerseits und den kommunistischen Guerillagruppen andererseits bedroht fühlen.

### Inseln der Rechtsstaatslosigkeit

Seit über 40 Jahren herrscht nun schon ein schwerer bewaffneter Konflikt in Kolumbien. Ihm fielen seit 1964 mindestens 200.000 Menschen

zum Opfer. Ursache des Konfliktes sind verschiedene militärische Gruppen, die durch ein Machtvakuum in vielen Gebieten autonome und autoritäre Strukturen aufbauen konnten. Auch dies ist eine Folge des von der Bevölkerung abgekoppelten politischen Systems. Statt den BürgerInnen eigene Mitwirkungsrechte im demokratischen Rechtsstaat zu geben und das Vertrauen in diesen zu stärken, wurde das Land von der Politik den Teilinteressen verschiedener Gruppen überlassen. Damit ist Kolumbien weltweit das Land mit den meisten Entführungen und politischen Morden. Viele von der UN beanstandeten Menschenrechtsverletzungen gehen auf das Konto der Guerillagruppen und Paramilitärs. In den vergangenen Jahren hat Präsident Álvaro Uribe

Vélez einen Demobilisierungsprozess gestartet, der die Straffreiheit für zahlreiche Konfliktbeteiligte, allen voran paramilitärischen Gruppen, beinhaltete. Die grundsätzliche Ursache der starken Verwürfnisse in der Republik allerdings hat seine Regierung jedoch noch immer nicht in Angriff genommen. Stattdessen baut der die Befugnisse für die Exekutive weiter aus und betreibt die Militarisierung seiner Politik. Indem er den Rechtsstaat und die Demokratie aufweicht, stärkt er die Interessengruppen und Konfliktparteien. Dass nun gerade Hugo Chávez als Vermittler im kolumbianischen Konflikt auftritt, ein Staatschef dem Freiheitsrechte und Demokratie im eigenen Land auch nicht viel wert sind, grenzt an Ironie. Es bleibt zu hoffen, dass gerade Europa Verantwortung für die Stärkung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Welt übernimmt, statt als schlechtes Beispiel die eigenen Errungenschaften aus vielen Jahren der Kriege und Bürgerkriege leichtfertig zu beschneiden.

Das Beispiel Kolumbien zeigt, dass die Einschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien und Bürgerrechten auch gerade in konfliktreichen Zeiten nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung demokratischer und friedlicher Strukturen führt. In Zeiten der vermeintlichen Terrorbedrohung in der Welt laufen selbst gefestigte Demokratien Gefahr, eine ähnliche Erfahrung zu machen, weil sie einer Politik der Angst erliegen. Mit beängstigenden Konsequenzen. Für uns kann das nur eines heißen: Wehret den Anfängen!

**Jan Philipp Albrecht** ist gerade 25 geworden und seit 2006 Sprecher der GRÜNEN JUGEND. Er träumt von einer eigenen Strandbar in Chile.



# !Ya Basta! Der Protest der Zapatistas



Der Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko, inspirierte und inspiriert immer noch viele linke und sozialkritische Gruppen in Europa und anderswo auf der Welt. Daniel Eichler beschreibt den Ursprung dieser Gruppe.

Als am 01. Januar 1994 das Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft trat, trat auch die Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) in Erscheinung und besetzte im Süden Mexikos, in Chiapas, fünf Bezirkshauptstädte. Die staatliche Seite reagierte mit erhöhter militärischer Repression. Mehrere Menschenrechtsorganisationen dokumentierten zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, vor allem extralegale Hinrichtungen, von Seiten der Regierung in diesen Tagen. Menschenrechtsverletzungen von Seiten der EZLN wurden jedoch nicht gemeldet. Am 12.01. erklärte die Regierung einen Waffenstillstand und die EZLN zog sich wieder zurück. Seit diesem Tag gingen die Zapatistas zum politischen Kampf über und ließ ihre Waffen, trotz zahlreicher Offensiven des Militärs, schweigen. In den Jahren danach gab es Verhandlungen zwischen der Regierung und der EZLN, die zwar durchaus Ergebnisse hatten, die jedoch von der Regierung bis heute nicht umgesetzt wurden. Seitdem wurden in dem Einflussgebiet der EZLN in Chiapas viele autonome Landkreise gegründet. In diesen Landkreisen haben die EinwohnerInnen die Gesetzgebung und die Leitung der Kommunen selbst in der Hand. Die Führung wird von Personen übernommen, die großes Vertrauen besitzen und die jederzeit wieder absetzbar sind. Im Laufe ihrer Geschichte hat die EZLN auch mehrfach versucht ihren Protest in andere Teile Mexikos zu exportieren. Dazu hat sie mehrere Bündnisse ins Leben gerufen, die jedoch nicht das von der EZLN erhoffte Ausmaß annahmen. Jedoch haben die Mittel auch andere Bewegungen inspiriert. Zum Beispiel wurde der Ausbau des Flughafens von Mexiko-Stadt unter anderem durch die Gründung von autonomen Landkreisen verhindert. Im Moment nimmt die Repression von staatlicher Seite und von Paramilitärs in Chiapas weiter zu.

## Waffen mit weißen Fahnen

Die Hauptmotivation der zapatistischen Bewegungen ist die Würde. So haben die Gruppen zum Ziel, dass alle Menschen in Würde leben können:

Ihre elf elementaren Forderungen dafür sind Arbeit, Land, Obdach, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Diese Forderungen wurden, soweit sie in der Hand der EZLN liegen, in ihren Gemeinden weitgehend umgesetzt. Vor allem die Lösung der Landfrage wurde radikal angepackt und große Landgüter werden seitdem von Kollektiven bewirtschaftet. Die Organisationsstruktur der EZLN ist eben. Das heißt, dass die Entscheidungen in den Gemeinden getroffen werden und die Führung, die jederzeit absetzbar ist, diese Beschlüsse mit dem Prinzip mandar obedeciendo, dem gehorchenden Befehl, umsetzen. An der Spitze der Bewegung steht das Geheime revolutionäre indigene Komitee – Generalkommandantur (CCRI-GC), es leitet die Bewegung als SprecherIn, OrganisatorIn, KoordinatorIn. Jedoch ist auch das CCRI-GC dem Befehl der Gemeinden unterworfen. Die Zapatistas unterhalten immer noch eine stehende Guerilla-Armee, die jedoch seit Januar 1994 nicht mehr eingesetzt wurde. Ihre Waffen abzugeben kommt für die Zapatistas nicht in Frage, sie setzen sie nur zur Verteidigung gegen das Militär und die Paramilitärs ein. Beim Treffen des linken Bündnisses, Nationaler Demokratischer Kovent, marschierten die Guerillas der EZLN mit weißen Fahnen an ihren Gewehren auf. Sie wollten damit zum Ausdruck bringen, dass sie ihre Waffen gebrauchen, um sie überflüssig zu machen. In der indigenen Kultur stehen die Frauen am sozialen Ende der Gesellschaft und haben keine Rechte. Die Zapatistas haben mit ihren revolutionären Frauengesetzen die Situation aufgebrochen und Frauen mit den Männern rechtlich und sozial gleichgesetzt. Jedoch ist der Frauenanteil im CCRI-GC immer noch unter 50%. Obwohl die Realität immer noch den Ansprüchen hinterherhinkt, verbessert sich die Lage stetig.

„Jemand sagte: Gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Nun denn! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!“ Subcomandante Insurgente Marcos, Sprecher der EZLN.

**Daniel Eichler** (19) ist Koordinator des Fachforums Europa & Internationales und möchte unbedingt nach dem Zivildienst längere Zeit in Chiapas verbringen..



# El Salvador – der gelungene Frieden?

El Salvador gilt international als Musterland gelungener Bürgerkriegsaufarbeitung. Wie der interne Konflikt und dessen Folgen auf die Gesellschaft aufgearbeitet wurden und werden, erläutert Laura Appeltshäuser.

„Ein Modell für andere“ sei El Salvador, der kleinste und doch am dichtesten bevölkerte Staat Mittelamerikas. Zumindest der neue UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon vertritt diese Meinung, habe doch das Friedensabkommen am 16.01.1992 den Grundstein für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft nach 12 Jahren BürgerInnenkrieg und Chaos gelegt.

Schon während des ganzen 20. Jahrhunderts war El Salvador von wirtschaftlichen Krisen, bürgerInnenkriegsähnlichen Unruhen und Militärputschs geradezu geschüttelt, ein richtig funktionierendes parlamentarische System konnte sich nie ausbilden. Während der siebziger Jahre formierten sich mehrere kommunistisch-revolutionäre Guerillagruppen, von denen sich fünf im Oktober 1980 zur FMLN, der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, zusammenschlossen. Konkreter Auslöser hierfür war die Ermordung des Erzbischofs Romero im März, der gegen die Militärjunta und für die Rechte der Armen mobilisiert hatte. Die Gründe für den BürgerInnenkrieg, der jetzt ausbrach, waren natürlich weiterreichender. Eine tiefe Kluft teilte El Salvador in eine Elite, die ihren Wohlstand aus dem Kaffee-Anbau bezog, und eine breite, verarmte Masse aus KleinbäuerInnen und ArbeiterInnen. Gegen diese Oligarchie aus Militärs und Kaffee-Großbauernschaft richtete sich der Widerstand der Guerillas. Damit waren die Fronten für den BürgerInnenkrieg klar: auf der einen Seite die FMLN, auf der anderen die ARE-



NA (Alianza Republicana Nacionalista), eine extrem rechte Partei, die die Interessen der GroßgrundbesitzerInnen verteidigte und mittels Todesschwadronen und politischen Morden – wie dem an Oscar Romero – ihre Ziele verfolgte.

## Der Frieden wird greifbar

Die nächsten zwölf Jahre forderten nach Schätzungen 75 000 Tote, von den unzähligen Menschenrechtsverletzungen ganz zu schweigen. Während der ersten Jahre konnte sich die konservative Seite dabei umfassender finanzieller und logistischer Unterstützung durch die USA sicher sein; dennoch schaffte sie es nicht, die Guerilla-Bewegung zu entwaffnen. Die FMLN hatte es ihrerseits inzwischen geschafft, den anfänglichen Aufstand zu einem ernstzunehmenden BürgerInnenkrieg auszuweiten und international

als kriegsführende Partei anerkannt zu werden. Militärisch war sie aber keinesfalls überlegen. Beide Parteien machten einen weitreichenden Lernprozess durch: Die FMLN erkannte, dass ein Sieg aufgrund von Ideologien unmöglich war und gab ihren revolutionären Anspruch der Umwälzung der sozio-ökonomischen Verhältnisse Stück für Stück auf. Die ARENA hingegen wandelte sich immer mehr hin zur staatstragenden, konservativen Regierungspartei, spätestens seit der ARENA-Politiker Christiani 1989 das Präsidentenamt übernahm. Aufgrund dieses Lernprozesses konnte es 1992 zum Friedensabkommen von Chapultepec kommen, das Ban Ki Moon in so hohen Tönen preist.

## Noch nicht am Ende

Ganz falsch ist das Lob natürlich auch nicht: Immerhin wurde der Bürgerkrieg beendet, die Militär-

herrschaft abgesetzt, die FMLN eine legale Partei und das Militär reformiert. Seine Formulierung, dass El Salvador „noch Hindernisse in Feldern wie öffentlicher Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Umwelt überwinden muss“, ist dennoch Schönrederei. Denn an den gesellschaftlichen Ungleichheiten hat der Friedensvertrag nichts geändert, nach wie vor leben über ein Drittel der SalvadorianerInnen in absoluter oder relativer Armut. Hinzu kommt Kriminalität, besonders durch die Jugendbanden (Maras), die vielen Morde (vor allem an Frauen), Todesdrohungen und Vergewaltigungen. Die staatliche Autorität reagiert mit ungewöhnlich harter Vorgehensweise, wobei die Anti-Mara-Gesetze nach Ansicht einiger gegen die salvadorianische Verfassung und die UN-Konventionen zum Schutz der Kinder verstoßen.

Das eigentliche Problem bleibt aber das Generalamnestiegesetz von 1993, kurz nach Friedensschluss verabschiedet. Solange es bestehen bleibt, ist die Aufklärung der Morde und Verschleppungen während des BürgerInnenkriegs nicht möglich. Machtlos und voller Wut stehen viele MenschenrechtsaktivistInnen da: Wie sollen die SalvadorianerInnen unter diesen Bedingungen dem Frieden und der Demokratie vertrauen?

Die Waffen schweigen zwar, Frieden herrscht aber in El Salvador noch lange nicht – Ban Ki Moon täte gut daran, das öffentlich auch so zu sagen.

**Laura Appeltshäuser** ist Koordinatorin des Fachforums Europa und Internationales und würde einmal gerne in Lateinamerika herumreisen – davor will sie aber etwas Spanisch lernen.



## Mayas, Inkas und Azteken

Gemein haben die altamerikanischen Kulturen, dass sie die größten Reiche bis zur Eroberung Amerikas durch Europäer bildeten. Allerdings sind sie geografisch, zeitlich und kulturell sehr unterschiedlich. Die Inkas besiedelten seit ca. 1200 die Anden Perus, Ecuadors sowie Boliviens und köpften bis weit ins 18. Jahrhundert gegen die Spanier. Zur selben Zeit wie die Inkas eroberten die Azteken die Region Zentralmexikos und legten mit dem Ausbau Tenochtitláns die Grundlage Mexiko-Citys. Ihre Blütezeit hatten die im heutigen Guatemala, Belize, Honduras, El Salvador und Südmexiko lebenden Mayas schon von 300 bis 900 n. Chr. In Guatemala aber gehören auch heute noch über 50% Bevölkerung zu einem der über 20 Mayastämme.

## Bildungsstand in Lateinamerika

### Frauen und Männer im Vergleich

89 Prozent der Frauen und 91 Prozent der Männer in Lateinamerika und der Karibik können lesen und schreiben. Seit den 1990ern hat sich das Bildungsniveau stark angenähert, mittlerweile besuchen sowohl 91% der Mädchen als auch 91% der Jungen eine Grundschule. Einzig Bolivien, Guatemala und Peru weichen noch von dieser Statistik ab und weisen eine starke AnalphabetInnenrate bei Frauen auf. Der Schulunterricht wird meist von weiblichen Lehrkräften geführt, erschwert wird Zugang zum Wissen allerdings durch eine aufkeimende Privatisierung der Bildung. Was bleibt sind 42 Millionen AnalphabetInnen. Das macht 8,4 Prozent der Gesamtbevölkerung des Kontinents aus. In den Städten sind mittlerweile beinahe die Hälfte aller Frauen über 15 Jahren hauptsächlich im Dienstleistungssektor mit weniger als 75% des Einkommens der Männer erwerbstätig und etwa 50% aller StudentInnen sind Frauen.

## Machos

### - Sinnbild einer vergangenen Gesellschaft?

Lateinamerika gilt als Region der Machos und Chauvinisten. SPUNK-Redakteurin Rieke Kampczyk hat sich dem Thema gewidmet.

Machos sind Männer, deren Augenmerk auf den konservativen Geschlechterrollen liegt: Die Frau bekommt und hütet die Kinder und kümmert sich um den Haushalt, der Mann hingegen macht Karriere, bringt das Geld nach Hause und repräsentiert die Familie in der Gesellschaft. Vor allem in den südamerikanischen Ländern war und ist dies ein weit verbreitetes Phänomen. Doch nun übernimmt eine Frau in Südamerika die Macht eines Landes, Argentiniens Präsident Néstor Kirchner übergab am 10. Dezember das Amt des Staatspräsidenten an seine Frau Cristina Fernández de Kirchner. Damit ist sie neben Chiles Präsidentin Michelle Bachelet die zweite Frau in Südamerika, einem in politischer Hinsicht männerdominierten Kontinent, die Regierungsgeschäfte leitet und ein Land in der Weltöffentlichkeit repräsentiert. Doch wird das etwas an der weitläufig üblichen konservativen Einstellung zur Rollenverteilung von Mann und Frau in Südamerika ändern?

Fakt ist, dass Frauen aus diesem „System“ versuchen auszubrechen. Ein Beispiel ist Brasilien, wo sich bis 1970 in allen Haushalten ein männlicher Haushaltsvorstand fand, der das Familienleben und deren Angelegenheiten regelte. Heute sind allerdings 24,9% aller Haushalte männerlos, bereits 1991 waren es 18,1% aller Haushalte, die ohne Mann auskamen und die Prognose für die Zukunft: Tendenz steigend. Diese gewollte Unabhängigkeit zeigt sich auch in den Zahlen der Heirats- und Scheidungsstatistiken. So sind 51,7% der Frauen in Brasilien nicht verheiratet und etwa 28,3% leben in eheähnlichen, sogar gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften, entgegen den kirchlichen Vorstellungen.

Zudem erreichen immer mehr Frauen durch Disziplin im Studium einen höheren Bildungsstand als Männer, Frauen gehen ihre Karrieren mittlerweile zielstrebig und konsequenter an und entscheiden sich immer öfter für eine Karriere als für eine Familie, obwohl sie oft nur etwa 60% des Gehalts von Männern verdienen und geringere Aufstiegschancen als ihre männliche Kollegen haben. Die einzige Männerdomäne sei - wie so oft - die Politik, meint die Soziologin Jaqueline Pitanguy, denn für Frauen sei es viel schwieriger (vorhandenes) Familienleben und Karriere zu vereinen, zudem finden weibliche Kandidatinnen seltener Sponsoren für ihre Kampagnen. Daher ist es ein enormer Fortschritt, eine zweite Präsidentin in Südamerika im Amt begrüßen zu können. Dies könnte Motivation für Millionen von Frauen sein, sich von den konservativen Vorstellungen zu lösen und ebenso eine politische Karriere anzustreben.

Aber neben dem politischen Engagement sind Frauen auch in anderen Bereichen erfolgreich. So sind „Karrierefrauen“ aus den südamerikanischen Medien nicht mehr wegzudenken, sei es als Schauspielerin, Model oder eben Politikerin. Eine der großen Herausforderungen für die moderne Frau sei, sowohl kompetent und intelligent zu sein als auch feminin und anziehend zu wirken, meint die Psychologin Magdalena Ramos. Haben Männer bis vor einigen Jahren die weibliche Revolution noch argwöhnisch betrachtet, zollen die meisten Ehemänner heutzutage ihren erfolgreichen Frauen Respekt und Bewunderung.

Jedoch wird es auch immer die Kehrseite geben. So nutzen Männer in diesen Ländern ihren Einfluss und ihre Stellung in der Gesellschaft, wie z.B. in kriminellen Organisationen, um sich Respekt zu verschaffen und an konservativen Rollenbildern festzuhalten. Für sie sind Frauen Objekte, die sie aus Prestigegründen heiraten und die sich ihrer Autorität zu beugen haben. Diese Frauen sind abhängig und müssen deswegen Misshandlungen und Erniedrigungen ertragen. Zudem werden Frauen, die aus dieser für sie aussichtslosen Gesellschaft ausbrechen wollen, oft Opfer von MenschenhändlerInnen-Ringen. Diese versprechen eine blühende Zukunft in Europa, dort angelangt sieht die

Realität meistens anders aus: Den Frauen werden die Papiere abgenommen, sie werden in Länder verschleppt, deren Sprache sie nicht beherrschen und werden dort zur Prostitution gezwungen, um ihre durch die Reise entstandenen Schulden zurückzuzahlen.

**Rieke Kampczyk** (19) ist SPUNK-Redakteurin und hat glücklicherweise in Berlin nicht allzuviel mit Machos zu tun



## Die Revolution der Pinguine

### SchülerInnenprotest in Chile



Im Jahr 2006 protestierten fast eine Millionen SchülerInnen gegen das marode Bildungssystem in Chile. Ihre Kritik muss man aber auch als Ausdruck einer immer noch von der Diktatur verstörten Gesellschaft betrachtet werden. Ein Beitrag von Max Pichl.

Niemand hätte wohl gedacht, dass es gerade unter der frischgewählten sozialistischen Präsidentin Michelle Bachelet zu den größten SchülerInnenprotesten in der Geschichte des Landes kommen würde. Fast eine Million SchülerInnen beteiligten sich im letzten Jahr an Schulstreiks, landesweiten Demonstrationen und Protestmärschen. Sie kämpften dabei gegen eine Bildungsreform an, die noch aus der Diktatur von Pinochet stammt. Das chilenische Bildungssystem ist hoch selektiv, hohe Studiengebühren und teure Privatschulen machen den Bildungserfolg der SchülerInnen vom finanziellen und sozialen Hintergrund der Familie abhängig. Auf die Kompromissvorschläge der Regierung gingen die SchülerInnen nicht ein, sie wollten keine kleinen Veränderungen, sondern einen radikalen Umbau des gesamten Bildungswesens.

Die Regierung versuchte zunächst die Proteste auszusetzen, in der Hoffnung die SchülerInnen könnten sich nicht über einen langen Zeitraum hinaus organisieren. Als diese jedoch immer mehr Menschen für ihre Sache mobilisieren konnten, wurden die Demonstrationen im ganzen Land gewaltsam aufgelöst.

In den Medien wurden die SchülerInnenproteste als die „Revolution der Pinguine“ bekannt, eine Anspielung auf die schwarz-weißen Schuluniformen der chilenischen SchülerInnen. Der Protest der „Pinguine“ hat die chilenische Gesellschaft nachhaltig aufgerüttelt. Trotz des Übergangs von der Militärdiktatur zur Demokratie konnte die extrem hohe Ungleichheit in diesem Land nicht aufgehoben werden. Eine Erblast, die u.a. von der Liberalisierung und der Privatisierung der öffentlichen Güter herrührt, die Pinochet damals auf Drängen des Wirtschaftsökonomen Milton Friedman durchgeführt hatte.

Die „Pinguine“ gehören zu einer neuen Generation in der chilenischen Gesellschaft, sie sind gegenüber Autoritäten und Hierarchien äußerst misstrauisch und wollen die Geschichte der Militärdiktatur endlich aufarbeiten. Durch die SchülerInnenproteste könnte sogar in letzter Konsequenz die erste soziale Bewegung in der jungen Demokratie Chiles entstehen - der kritische Geist aus den Klassenzimmern beginnt sich bereits auf den Rest der Gesellschaft auszudehnen.

**Maximilian Pichl** (20) ist Sprecher der GRÜNEN JUGEND Rheinland-Pfalz und schon immer von den sozialen Bewegungen in Lateinamerika fasziniert. Die Durchschlagskraft der chilenischen Pinguine hätte er sich auch für die deutschen Studiengebührenproteste gewünscht.



**Rote Hilfe e.V.**  
**Konto 191 100 462**  
**BLZ 440 100 46**  
**Postbank Dortmund**  
**Stichwort: G8-Gipfel**

**Solidarisieren - Spenden - Beitreten**

**Rote Hilfe e.V.**  
**Bundesvorstand**  
**Postfach 3255**  
**37022 Göttingen**

www.rote-hilfe.de

## Gastbeitrag Joves Catalonia Unterwegs in Argentinien

The infamous 1970's marked Latinamerica: terror was the top activity of the American governments and neoliberalism (special mention to Chile) was starting to drown the local economies. The brutal repression organised under the Operation Condor, of terror coordination between governments, destroyed civil society, leaving it without leaders or referents and with thousands of disappeared people.

The new millennium carried changes in the ideological orientation of the region: big crisis (like 2001 in Argentina) or some democratic revolutions moved the political spectrum to the left. Chávez, Evo Morales, Lula, Kirchner (now Cristina), Tabaré Vazquez or Bachellet are some of the reference names of this change, that if it has one quality that is its heterogeneity.

The Bolivarian block (in which we could mention Venezuela, Bolivia or Ecuador) is indisputably commanded by Chávez and the political and economical influence of his government. The other big block – Argentina, Chile, Uruguay and Brazil -, maybe defined as with social democrat influences and, if well Brasilia has a specific and fundamental power, it is not hegemonic.

The subcontinent has two challenges to overcome: on one side the inequality and social exclusion, the 10% of the population has 48% of the richness of the region. On the other side, it will need to consolidate a project over the actual leaders that are ephemeral.

National social pacts are now on the agendas of all Latinamerican political leaders: it has been understood that progress will only come with a common pact between all social actors about the basic rules of the game.

Unfortunately it is not like that on a regional level: MERCOSUR (an attempt of European Communities) has to little content yet and the diplomatic bilateral disputes, like the one between Argentina and Uruguay about the Botnia factory, are a treat to the political cohesion. It is also necessary to mention the recent announcement of Petrobrás about the petroleum reserves of Brazil gives a 180° turn on the political correlation of forces in the zone and to the projected and necessary infrastructures of energy and transport.

Future is now open. Conditions are favourable. But in the Latinamerican politics and economy anything can happen.

**Agustin Rossi**, 20, Barcelona/Catalonia. Responsible of International Affairs of Joves d'Esquerra Verda. Was born in Argentina and thinks that the region has now all the possibilities to succeed. He's positive that the plural democratic green left will found it's place in the region.



Egal wen ich frage, ob er oder sie mir etwas über das politische System oder die aktuelle politische Lage in Argentinien erklären könne, bekomme ich zur Antwort, dass die PolitikerInnen doch alle korrupt seien.

Es stimmt jedoch nicht, dass alle ArgentinierInnen gleichgültig am politischen Geschehen vorbeigehen, denn es gibt sie, diejenigen, die protestieren. Fast täglich werden in Buenos Aires wichtige Zugangsstrassen von piqueteros blockiert oder es finden Manifestationen statt. Sie werden von den Organisationen der piqueteros veranstaltet, denen besonders die ärmsten der Arbeitslosen angehören. Als piqueteros bezeichnet mensch in Argentinien DemonstrantInnen, die durch - illegale - Straßen- und Firmenblockaden (piquetes) auf ihre schlechte wirtschaftliche Situation aufmerksam machen.

Der Höhepunkt der piquetero-Bewegung war nach der Wirtschaftskrise 2001, allein 2002 gab es mehr als 2000 piquetes, also Straßenblockaden. „Der piquete ist alles für die Menschen aus den ärmsten barrios des Landes, er gibt ihnen ihre Identität und das wenige, was sie haben. Sie gehen auf die Straße, weil ihre Kinder zuhause vor Hunger sterben“ (Clarín 2002). Der Beitritt in eine piquetero-Organisation ist fast die einzige Möglichkeit, etwas Unterstützung vom Staat zu bekommen.

Ausserdem organisieren die piqueteros Volksküchen und Gesundheitszentren für ihre Mitglieder. Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden ArgentinierInnen schwankt von Quelle zu Quelle zwischen 35%-45%, besonders im Norden des Landes ist der Anteil hoch und es sind viele Kinder betroffen. In der Grundschule werden sie vom Staat mit warmem Essen versorgt, zum Teil erhalten sie auch Kleidung und Essenspakete. Weil die LehrerInnen nur gering verdienen, fällt der Unterricht an den öffentlichen Schulen zuweilen wegen Streiks aus. Dies hat leider nicht nur Auswirkung auf die Bildung der Kleinen, sondern auch auf ihre Gesundheit, da manche zuhause nur wenig in den Magen bekommen. Währenddessen diskutieren konservative Abgeordnete in Buenos Aires darüber, wie man am besten eine Fussgängerstrassenverkehrs-ordnung einführt, damit die Menschen flüssiger durch die Strassen trotten und es weniger Verkehrstopfer gibt. Um die Strassenkinder kümmert man sich dann später.

**Quellen:** Clarín, Revista Ética y Moral, INDEC (Instituto Nacional de Estadísticas y Censos)

**Selma Beck** (20) ist in der GJ Schleswig-Holstein aktiv, war 2004 als Schülerin in Argentinien und ist seit September 2007 wieder in Südamerika unterwegs.



### Frijoles eine guatemalteckische Spezialität

Morgens, mittags, abends. Der Bohnenbrei frijoles ist die Hauptmahlzeit im Hochland Guatemalas: wächst in jedem Gelände, robust, preiswert und nahrhaft. Und so wird's gemacht:

1. Getrocknete Bohnen über Nacht einweichen. 2. In einem Topf ein paar Zwiebeln in Öl anbraten. 3. Bohnen dazu und bis zu fünf Stunden - in Gemüsebrühe oder schlichtem Wasser - kochen lassen. 4. Gegen Ende, wenn die Bohnen schon breiig sind, etwas Salz, Pfeffer, Chilli, Creme Fraiche oder Schmand dazu geben (vegan: Soja als Ersatz). 5. Gut durchgerührt, wahlweise sind noch ein paar Stücke zu erkennen, servieren.

Dazu werden tortillas gegessen, Fladen aus rotem, schwarzem, gelbem, zumeist aber weißem Maismehl, die auf dem offenen Feuer gebacken werden. Ergänzt werden frijoles und tortillas, je nach Geldbeutel, durch Rühreier, in Bananenblättern eingewickeltem weißem Käse (vergleichbar mit mildem Feta). Dazu gehört pico de gallo, klein geschnittene Tomaten mit Zwiebeln, frischem Koriander und Chilli.

In ähnlicher Form gibt es dieses Gericht in ganz Lateinamerika, in Venezuela ist es beispielsweise unter caraotas bekannt.

9

ANZEIGE



### Abrüstung jetzt!

#### Konkrete Abrüstungsschritte für die Friedensmacht Europa

- Aufrüstung stoppen – vertragsbasierte Kontrolle stärken
- Atomwaffen ächten
- US-Raketenabwehr verhindern
- Landminen bannen
- Streubomben verbieten
- Weiterverbreitung stoppen
- Brandwaffen und Uran-Munition ächten
- Kleinwaffenhandel zurückdrängen
- Waffenexporte entschieden begrenzen



### Energiepolitik ist Sicherheitspolitik

#### 10 Thesen von Angelika Beer MdB

- Fossile Energieträger sind Ursache für Konflikte und Kriege
- Der Klimawandel erzeugt neue Konflikte und Kriege um Umweltressourcen
- Zivile und militärische Nutzung der Atomkraft lassen sich nicht trennen
- Es gibt keine sichere Atomenergie
- Herkömmliche Energieversorgungsstrukturen und Atomkraftwerke lassen sich nicht militärisch sichern
- Fossile Brennstoffe machen abhängig
- Klimaschutz ist Sicherheitspolitik
- Sonne und Wind sind in vielen Konfliktregionen zur Genüge vorhanden
- Dezentrale Versorgungsstrukturen verringern das Gefährdungspotential
- Die Förderung regenerativer Energien ist die Investition in unsere Sicherheit



### Rechtsextremisten in Norddeutschland – Wer sie sind und was sie tun

#### Ein Text von Andreas Speit

- I Prolog: »Wir sind die kommende Kraft«
- II Kapitel: »Stimme der schweigenden Mehrheit«
- III Kapitel: »Raus aus den Hinterzimmern« - Mecklenburg-Vorpommern
- IV Kapitel: »Bang Bang Bang/Kampf für Deutschland« – Schleswig-Holstein
- V Kapitel: »Konstruktivere Zusammenarbeit gewährleistet« – Hamburg
- VI Kapitel: »Kommunale Arbeit schafft Basis für eine nationale Alternative« – Niedersachsen
- VII Kapitel: »Taten statt Worte« – Bremen
- VIII Epilog: »Selbsternannte Demokraten«



Diese und weitere Broschüren können in meinem Berliner Büro kostenfrei bei Übernahme der Portokosten bestellt werden

Angelika Beer, MdB

Büro im Deutschen Bundestag

Unter den Linden 50 / Büro 2.111

D-11011 Berlin

fon: 0049-30-227-70021

fax: 0049-30-227-76017

mail: angelika.beer@europarl.europa.eu

www.angelika-beer.de

www.angelika-beer.de

# Die Bahn gehört uns

- und wir geben sie nicht her!



Da soll mal wieder etwas privatisiert werden. Ist doch super, hat doch geklappt bei Post und Telekom... Warum nicht jetzt die Bahn als letztes großes Staatsunternehmen samt ihrem 34.000 km langen Schienennetz? Schließlich müsste der Staat keine teuren Investitionen mehr tätigen, frisches Kapital stünde zur Verfügung und selbstverständlich würden Service und Betrieb verbessert. Aber wie viel ist eigentlich dran an diesen Begründungen für eine Privatisierung?

Schon bei näherer Betrachtung der finanziellen Argumente kommen starke Zweifel auf. Laut dem Gesetzentwurf des Verkehrsministeriums soll das Schienennetz de facto privatisiert, de jure aber immer noch in den Händen des Staates bleiben, um verfassungsrechtliche Bedenken schon im Vorfeld aus dem Weg zu räumen. Es ist ein Rückkaufrecht für den Bund vorgesehen, bei dem aber die von den privaten InvestorInnen getätigten Aufwendungen in das Netz zurückgezahlt werden müssten.

Haarsträubend ist bei diesem Vorschlag einerseits die Gewinn-Risiko-Aufteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft und andererseits die Höhe der zu erwartenden Verkaufserlöse: Berechnungen zu Folge ist die gesamte Deutsche Bahn AG mit all ihren Unternehmenstöchtern 183 Milliarden Euro wert, das so genannte Brutto-Anlagevermögen oder auch Wiederherstellungswert. Dieses Vermögen soll beim Verkauf nur läppische 13 Milliarden Euro wert sein.

Um das Ganze in einem Bild zu verdeutlichen: Ich verkaufe meine Kneipe für ein Apfel und ein Ei. Wenn alles gut läuft, räumen die neuen KäuferInnen die Gewinne ab; geht die Kneipe den Bach runter, kaufe ich sie für einen viel höheren Preis als vorher wieder zurück. Und außerdem zahle ich den KäuferInnen auch noch einen regelmäßigen Betriebskostenzuschuss!

Auch eine Verbesserung der Infrastruktur und des Services ist nicht zu erwarten. Auf Profit ausgerichtete Private werden unrentable Strecken in kleine Dörfer und abgelegenen Regionen nicht mehr unterhalten - es sei denn, die Länder zahlen dafür. Sie machen also Gewinn auf Kosten der öffentlichen Kassen. Zu befürchten ist, dass noch mehr Städte und Regionen vom Fernverkehr abgehängt werden.

Dazu kommt, dass der Bahnbetrieb einen unheimlich hohen Grundaufwand erfordert. Einsparungen können also nur wie eben erwähnt bei der Stilllegung nicht rentabler Strecken oder aber bei der Personaleinsparung erfolgen. Welche Auswirkungen das auf die Arbeitsbedingungen bei der Bahn und auch auf den Service haben wird, mag mensch sich gar nicht vorstellen.

Mittlerweile hat auch Tiefensees Mutterpartei SPD verstanden, dass sein Modell nicht Erfolg versprechend ist. Doch auch die Alternativen sind nicht rosig für die Bahn. Volksaktienmodell, Vorzugsaktien oder ein Holding-Modell - es könnte trotzdem nicht verhindert werden, dass sich private InvestorInnen, wie z.B. der russische Konzern Gazprom, in die Bahn einkaufen. Auch diese Modelle sind gegen die oben genannten Verschlechterungen nicht gefeit.

Die GRÜNE JUGEND ist seit November letzten Jahres eine der 15 Trägerorganisationen des Bündnisses „Bahn für Alle“. Dort kämpfen Organisationen aus GlobalisierungskritikerInnen, Umweltschutzverbänden, Gewerkschaften, politischen Jugendverbänden und Fachgruppen gegen die geplante Bahnprivatisierung und für eine nachhaltige Bahnpolitik. Dabei sind unter anderem die JuSos und Solid sowie Attac, Robin Wood, die Gewerkschaft Ver.di und Bürgerbahn statt Börsenbahn.

Nach dem SPD-Parteitag Ende Oktober, dessen Ausgang mit Sicherheit als kleiner Teilerfolg gewertet werden kann und auch auf die unermüdliche Arbeit der Kampagnenmitglieder zurückzuführen ist, muss neu justiert werden. Es ist dabei wichtig, dass wir als GJ mit Diskussionen, Positionspapieren, Aktionen oder anderen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen eine neue Debatte über die Zukunft der Bahn fordern. Wir brauchen ein tragfähiges Konzept, um eine nachhaltige und klimafreundliche Bahnreform zu erreichen: mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene, die Bahn als Klimaschutzinstrument und eine wirkliche Verkehrswende. Für die GRÜNE JUGEND sind diese

Ziele nur mit einer Bahn in öffentlicher Hand zu verwirklichen.

**Informationen zur Arbeit der Kampagne im Internet:**

[www.DeineBahn.de](http://www.DeineBahn.de) - Dort gibt es auch verschiedene Möglichkeiten, sich online zu beteiligen!

Wenn Ihr als GJ-Gruppe aktiv für eine bessere Bahn werben wollt, findet Ihr hier Hilfen: [www.bahn-fuer-alle.de](http://www.bahn-fuer-alle.de) Tragt Euch dort in den Rundbrief für Aktive ein - [www.bahn-fuer-alle.de/pages/rundbrief.php](http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/rundbrief.php)

**Anna Cavazzini,** (25) Koordinatorin des Fachforums Wirtschaft und Soziales, fuhr in ihrer Zeit im BuVo fast jedes Wochenende mit der Bahn. Mit Löffel und Tasse ausgerüstet machte sie bei dem letzten flash mob Lärm gegen die Bahnprivatisierung.



## Stop climate change Play your part

Europa muss beim Klimaschutz die Standards setzen:

- ▶ als Messlatte für die EU-Staaten
- ▶ als Vorbild für die Welt
- ▶ als Ansporn für jede/n



Europagruppe DIE GRÜNEN  
im Europäischen Parlament  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)

Die Grünen | EFA  
im Europäischen Parlament  
[www.stopclimatechange.net](http://www.stopclimatechange.net)

# Des Nordens jüngste Landtagswahlkämpfe



In zwei norddeutschen Bundesländern stehen 2008 Landtagswahlen an. SPUNK-Redakteur Rasmus Andresen spricht mit zwei aussichtsreichen jungen KandidatInnen der GRÜNEN JUGEND.

**SPUNK:** Bei euch sind Ende Januar bzw. Februar Landtagswahlen. Wie sind die Grünen und die GRÜNE JUGEND – thematisch wie personell – aufgestellt?

**Linda:** Thematisch haben wir als GJ haben Schwerpunkte Bildung, Ökologie, BürgerInnenrechte und Soziales. Bei der GAL\* liegen die Schwerpunkte offiziell noch nicht fest, gehen aber in eine ähnliche Richtung. Die GJHH hatte drei KandidatInnen unterstützt, Manuel Sarrazin (25), bereits seit vier Jahren in der Bürgerschaft, Anjes Tjarks (26) und mich (25), die wir allesamt unter den ersten 13 Plätzen aufgestellt sind.

**Helge:** Insgesamt gut. Hauptthema wird der Klimawandel und die miserable Bildungspolitik der Landespolitik sein. Die GJN wird darüber hinaus schwerpunktmäßig Antirassismus bearbeiten. Personell haben wir die jüngste Landesliste seit 25 Jahren mit einer guten Mischung aus erfahrenen Abgeordneten und Parlamentsneulingen.

**SPUNK:** Wie gut sind eure Chancen ins Parlament zu kommen?

**Helge:** Sehr gut. Sollten die Grünen, wie alle Umfragen vorhersagen (nie unter 8%) und wie seit 25 Jahren ununterbrochen, in den Landtag einziehen, bin ich drin.

**Linda:** Manuel ist höchstwahrscheinlich wieder in der Bürgerschaft. Anjes und ich könnten bei einer Regierungsbeteiligung nachrücken. Bisher ist das Ergebnis der Linkspartei und dessen Auswirkungen auf die Sitzverteilung aber schwer vorhersehbar.

**SPUNK:** Was findet bei euch abgesehen von Podiumsdiskussionen und Flyer verteilen statt? Werdet ihr dem Ruf einer kreativen Partei gerecht?

**Linda:** Wir sind schon voll dabei! Letzte Woche haben wir ca. 150 symbolische CO2-Luftballons auf der Baustelle eines neu geplanten Kohlekraftwerks aufgeblasen. Weitere Aktionen an der Uni und vor Vattenfall sind geplant. Unter dem Motto "Rette Deine Daten, bevor andere sie speichern" verteilen wir CD-Rohlinge und natürlich versuchen wir neue Medien zu nutzen, beispielsweise durch "youtube".

**Helge:** Auch wir werden natürlich Aktionen machen, die über das Verteilen von Flyern hinausgehen. Zum Beispiel veranstalten wir regionale Wahlkampfpartys und verteilen unsere Anti-Nazi-CD mit regionalen Nachwuchsbands drauf. Außerdem werden wir in zahlreichen Innenstädten bunte Handabdrücke gegen Rechts sammeln.

**SPUNK:** Sowohl in Hamburg wie auch in Niedersachsen regieren zwei junge dynamische CDU-Ministerpräsidenten. Ist eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich und wird in einer der beiden Nordländer Schwarz-Grün regieren?

**Linda:** Die Chancen stehen ganz gut, dass wir die absolute Mehrheit der CDU brechen. Da die FDP hoffentlich weiterhin unter 5% bleibt, gibt es drei Optionen: große Koalition, schwarz-grün oder rot-grün, denn die Linkspartei hat bereits angekündigt, nicht regieren zu wollen. Wir kämpfen mit aller Macht dafür, rot-grün zu schaffen! Ich persönlich bin ehrlich gesagt eher skeptisch, dass sich die CDU inhaltlich so weit auf uns zu bewegt, dass eine Koalition für mich persönlich sowie die Mehrheit der Partei tragbar wäre.

**Helge:** Wir kämpfen dafür, die schwarz-gelbe Landesregierung durch Rot-Grün abzulösen. Es gibt Menschen bei uns in Niedersachsen, die gerne irgendwie Schwarz-Grün als Option offen halten würden. Ich halte das für völlig ausgeschlossen, weil die CDU in Niedersachsen in den letzten Jahren einen klaren Rechtskurs gefahren ist. Eine 180°-Wende der CDU und eine völlige Abkehr von ihren bisherigen Untaten in der Regierung in den Bereichen Klima, Bildung, Migration und Soziales vorausgesetzt, ist eine schwarz-grüne Koalition natürlich nicht ausgeschlossen. Am realistischsten ist eine grüne Opposition. Rein inhaltlich wäre rot-rot-grün möglich. Aber die LINKE hat eine Regierungsbeteiligung auch in Niedersachsen leider kategorisch ausgeschlossen.

**SPUNK:** Zum Abschluss: In welchem Bereich wollt ihr arbeiten und welche konkreten Ziele habt ihr, wenn ihr nach der Wahl ins Parlament einzieht?

**Helge:** Mich persönlich interessieren die Bereiche Inneres, Antirassismus, Demokratie und Recht. Ich möchte Ansprechperson für die GRÜNE JUGEND, aber auch für alle anderen linken und antirassistischen Gruppen in Niedersachsen sein. Sollten wir an der Regierung beteiligt sein, hat die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung einer gemeinsamen Schulform für alle SchülerInnen höchste Priorität.

**Linda:** Ich würde gern die Bereiche Jugend und Demokratie übernehmen. Gerade im Bereich der Ausbildungspolitik muss sich in Hamburg einiges ändern, damit insbesondere die rund 12% Jugendlichen ohne jeglichen Schulabschluss Anschlussperspektiven haben. Eine verbindlichere Volksgesetzgebung mit niedrigeren Hürden ist nötig, um das Vertrauen der Hamburger Wählerinnen und Wähler in ihre demokratischen Rechte wieder zu stärken, das u.a. durch von der CDU missachteten Volksentscheide leidet.

\* GAL steht für Grün Alternative Liste und besteht aus Grünen nahe, aber formal unabhängigen PolitikerInnen.

## Jung, aktiv und sexy:

### Die GRÜNE JUGEND Nürnberg



Wenn die GRÜNE JUGEND Nürnberg eine Schamhaarfrisur wäre, was für eine wäre sie dann? Am ehesten wäre sie wohl ein Pfeil, ein dynamischer Pfeil. Allerdings wäre er nicht ganz so gerade und ein bisschen kräuselig, denn bei den NürnbergerInnen läuft eben oft doch nicht alles so glatt. Stark schwankende Mitgliederzahlen und unorganisierte Mitgliederversammlungen machen wohl am meisten zu schaffen, dennoch gelingt es den Jugendlichen mit ihren wahn sinnigen, geistreichen und vor allem häufigen Aktionen neben dem GRÜNE JUGEND Blog auch oft in die lokalen und regionalen Zeitungen zu kommen, sodass Altgrüns in Nürnberg fast schon ein bisschen neidisch werden. Und wie erreicht die GJ das? Sie zieht sich aus!

So geschehen im Juli 2007 während einer Aktion für mehr Datenschutz, bei der 30 junge Menschen bewiesen, dass sie nicht nur politisch engagiert sind, sondern auch sexy. Um den gläsernen Bürger und die gläserne Bürgerin ganz plastisch darzustellen, zog sie sich bis auf die Unterwäsche aus. Aber nicht nur das, kaum eine

Demo im schönen Franken, auf der die GJ Nürnberg nicht repräsentiert wäre. Vor allem im Nazi-Problem-Kaff Gräfenberg zeigen sie starkes Engagement. Zu guter Letzt organisierte sie auch noch ihre eigene Demo und zwar am 8. Dezember. Eine Fahrraddemo durch die Hauptstraßen der Innenstadt mit anschließender Kundgebung ist geplant, das ganze unter dem Motto „Autofreie Innenstadt“ am „internationalen Klima-Aktionstag“. Aber ein Tag ist nicht genug: Eine ganze Woche muss her! Gesagt, getan! Und so werden in der Woche zuvor weitere Aktionen zum Thema Klimawandel stattfinden.

Als kleines Leckerli hat der KV Nürnberg seit Juli 2007 auch noch eine weibliche Doppelspitze, bestehend aus Sarah La Quer (20) und Dimitra Kostimpas (17) zu bieten.

**Dimitra Kostimpas** ist 17 Jahre jung und Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Nürnberg



**Helge Limburg**, 25, ist ein halbes Jahr jünger als der jüngste aussichtsreiche CDU-Kandidat Niedersachsen.



**Linda Heitmann**, 25, beschäftigt sich an der Hamburger Uni mit der Volksgesetzgebung in Hamburg

# Bericht des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND hat auf dem 29. Bundeskongress in Würzburg einen neuen Bundesvorstand gewählt. In der kurzen Zeit seit der Wahl haben schon viele Dinge angestanden. Darüber und über den neuen Vorstand erfahrt ihr hier mehr.

## Demo gegen die Vorratsdatenspeicherung

Noch vor der ersten Vorstandssitzung fand die zweite Demo gegen Überwachung statt, um zeitgleich mit der Abstimmung im Bundestag zur Vorratsdatenspeicherung und der Telekommunikationsüberwachung für mehr Freiheit zu demonstrieren. Die GRÜNE JUGEND war nicht nur in Berlin sondern auch in vielen anderen Städten wie Hannover oder Jena aktiv bei den Demonstrationen, zu denen der AK Vorratsdatenspeicherung aufgerufen hatte.

## Erste Bundesvorstandssitzung

Eine Woche nach dem Bundeskongress traf sich der Bundesvorstand in Berlin zur konstituierenden Sitzung mit Aufgabenverteilung und Terminfestlegung für das Jahr 2008. Im Internbereich <http://intern.gruene-jugend.de/> kann wie immer das Protokoll eingesehen werden. Die Bundesvorstandssitzungen finden monatlich statt, die Orte stehen noch nicht fest, Vorschläge und Einladungen werden gerne gesehen.

## Rechtsstaatveranstaltung: Schäuble essen Angst auf

Im Vorfeld des Bundesdelegiertenkongresses der Partei in Nürnberg veranstaltete die GRÜNE JUGEND gemeinsam mit der Grünen Freiheit eine Veranstaltung zum Rechtsstaat, die sehr gut besucht wurde. Mit Diskussionen zu mehr Freiheit und weniger Überwachung lieferte die GRÜNE JUGEND eine gute Basis zur Rechtsstaatsdiskussion auf der nächsten BDK.

## Bundesdelegiertenkongress Bündnis 'Bündnis 90/ die Grünen Nürnberg

Wie jedes Jahr gab es wieder Jungdelegiertentreffen, einen Infostand und gleich mehrere Aktionen, an denen wir uns



beteiligt haben. Mit der Aktion

zur Rechtsstaatlichkeit am Sonntag Vormittag schafften wir es als GRÜNE JUGEND sogar in die Tagesthemen.

## Besuch des FYEG Vorstand – Vorbereitung auf der General Assembly

Anfang Dezember war der Vorstand der europäischen Dachorganisation Federation of Young European Greens zu Besuch in Berlin und machte seine Vorstandstagung in Deutschland. Hintergrund war vor allem die anstehende 20. General Assembly (der „Bundeskongress“ von FYEG), die 2008 in der Heinrich Böll Stiftung in Berlin stattfinden wird und bereits kräftig vorbereitet wird.

## Bundesausschuss und Klimademo

Parallel zum diesjährigen Bundesausschuss fand die internationale Klimademonstration am 08.12.2007 statt. Die GRÜNE JUGEND war natürlich mit ihrer Angela Merkel Puppe und den Pinguinkostümen dabei (beides kann in der Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden). Auf dem Bundesausschuss machten wir uns fit für Aktionen, das Web 2.0 und sprachen mit der DGB Jugend über ihre neuste Kampagne zum Thema Ausbildung.

## Klausurtagung in Verden an der Aller im Januar

Vom 02.-06. Januar 2008 wird der Bundesvorstand in der halbjährlichen Klausurtagung die Jahresplanung machen. Auf der Agenda stehen Gespräche mit AktionspartnerInnen der GRÜNEN JUGEND wie ATTAC, Campus-Grün oder Bündnis 90/ die Grünen. Auf der Klausurtagung im Winter wird eine grobe Jahresplanung gemacht, die die Ergebnisse des vorausgegangenen Bundesausschusses berücksichtigt.

## Termine

02.01. - 06.01.2008, Klausur des Bundesvorstandes

17.01. - 20.01.2008 PerspektivenTage - Wie weiter nach Heiligendamm?"

08.02. - 10.02.2008, Treffen des Bildungsbeirates der GRÜNEN JUGEND

15.02. - 17.02.2008, Sitzung des Bundesvorstandes

14.03. - 16.03.2008, Sitzung des Bundesvorstandes

## Impressum

InteressentInnen bekommen drei Ausgaben des SPUNK kostenlos, einfach Einfach melden auf [www.gruene-jugend.de/kontakt/](http://www.gruene-jugend.de/kontakt/)

**Herausgeberin:** GRÜNE JUGEND Bundesverband Hessische Str. 10, 10115 Berlin, tel.: 030 - 275 940 94 fax.: 030 - 275 940 96

**Redaktion:** [spunk@gruene-jugend.de](mailto:spunk@gruene-jugend.de), Kathrin Henneberger, Rasmus Andresen, Rieke Kampczyk, Sven-Christian Kindler, Silke Gebel, Luise Neuman-Cosel, Svenja Tidau (Koordination und V.i.S.d.P.)

**Quote:** Prozent von Frauen geschriebene Artikel. Dieses mal: genau 67%

**Layout:** Das Modul

**Fotos:** GRÜNE JUGEND, flickr.com und soylent-network.com (Titelbild), unter Creative Commons Lizenz Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0. Attribution siehe Bildunterschrift.

**Auflage:** 12.000 Exemplare

**Druck:** Union Druckerei Weimar GmbH

**Hinweise:** Die Artikel spiegeln die Meinung des/der jeweiligen AutorIn und nicht unbedingt die der Redaktion oder der GRÜNEN JUGEND wieder.

Die Redaktion behält sich die sinngemäße Kürzung von (LeserInnen-)Briefen vor.

Der SPUNK steht unter Creative Commons Lizenz, alle Texte sind unter Nennung der Namen, unverändert und in unkommerziellen Rahmen frei abdruckbar.

Die Mitgliederzeitung der GRÜNEN JUGEND SPUNK erscheint viermal jährlich und wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundesministeriums für Familie, SeniorInnen, Frauen und Jugend.

Der Bezugspreis für den SPUNK ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

[WWW.GRUENE-JUGEND.DE/SPUNK](http://WWW.GRUENE-JUGEND.DE/SPUNK)

# FaFo Bericht Medien und Kultur

## Junggrüne Kultur- und Medienpolitik für eine freie und selbst bestimmte Gesellschaft



In Zeiten, in denen über die Einschränkung der Privatsphäre diskutiert wird und Kulturangebote immer weniger gefördert werden, gilt es seitens der GRÜNEN JUGEND Breschen zu schlagen für eine neue Kultur- und Medienpolitik. Vor allem die digitalen Medien haben sich inzwischen zu alltäglichen Gebrauchsgegenständen entwickelt. Die freie Software ist auf dem Vormarsch, der Kampf gegen einseitige Politik für Urheberrechte und Kulturindustrie an der Tagesordnung. Was wir brauchen ist massive Aufklärung

über die Möglichkeiten und Herausforderungen der neuen Medienwelt und die persönliche Freiheit mit der einhergehenden Sicherung der Privatsphäre steht mehr als zuvor auf dem Thementablett. Wissen, Kultur und Medien müssen stärker als zuvor allen Menschen zugänglich gemacht werden. Neue Regeln für umfassenden Datenschutz sind unerlässlich. Wir wollen Selbstbestimmung statt Überwachung! Keine Sicherheit auf Kosten der Freiheit!

Auf der kulturpolitischen Seite steckt

die junggrüne Debatte noch in den Kinderschuhen. Dennoch ist schon jetzt absehbar, dass wir unter Kultur(-politik) mehr verstehen als das bisherige klassische Kulturverständnis vorliegt. Wir sehen hier neue Chancen für die GRÜNE JUGEND, sich im (jugend-)kulturellen Bereich einzubringen. Denn Kultur bestimmt unser alltägliches Leben in vielen Bereichen. Wir begreifen Kultur als Gut für alle Menschen, abseits jeglicher Nationalitäten oder sonstiger Ausgrenzungsmuster! Im Anschluss daran gilt es, Kulturpolitik auch unter

einem sozialpolitischen Ansatz zu sehen! Packen wir's an!

Bei Interesse tragt euch unter [www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de) in die Mailingliste des Fachforums ein und arbeitet in unserem Wiki unter [wiki.gruene-jugend.de](http://wiki.gruene-jugend.de) mit! Wenn ihr mehr zum Thema wissen wollt, besucht unsere Linkliste.

Eure FaFo-KoordinatorInnen Medien & Kultur: **Jule Seibert & Matthias Mehltau**